

Diese Zeitung erscheint
jeden Wochen Sonnabends
Preis pro Quartal durch
die Post bezogen 1 M.
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste Nr. 6482

Der Proletarier

Anzeigenpreis:
Erstveröffentlichung und
Bauarbeiten - Anzeigen die
Bekanntmachung
60 J
Bekanntmachungen werden
nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Grev.
Druck von G. H. P. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover.
Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluß 8002.

Der neue Reichstag.

Nun sind auch die Stichwahlen zu Ende. Und sie haben vollendet, was die Hauptwahl begonnen hat. Ja, sie haben fast noch mehr gehalten als versprochen. Selbst Optimisten bezweifelten noch nach den Ergebnissen der Hauptwahl, daß es gelingen würde, die schwarz-blaue Mehrheit zu sprengen, und nur wenige Propheten haben der Sozialdemokratie mehr als 100 Mandate zugesprochen. Nun verfügt aber der „Blod von Wassermann bis Bebel“ über mehr als 200 und die Sozialdemokratie allein über 110 Mandate. Die schwarz-blaue Mehrheit, die die schambare Finanzreform gemacht und die Reichsversicherungsordnung verhungert hat, ist in eine Minderheit verwandelt. Die „niedergerittene“ Sozialdemokratie aber ist die weitaus stärkste Partei des neuen Reichstages. Wird die Trennungslinie zwischen den Parteien rechts von der Nationalliberalen, d. h. dort, wo sie sich bei der Beratung der Finanzreform zeigte, gezogen, so ergibt sich für den neuen Reichstag das folgende Verhältnis:

Linke	Abgeordnete	Rechte und Zentrum	Abgeordnete
Sozialdemokraten	110	Deutsch-Konservative	43
Nationalliberale	44	Reichspartei	14
Fortschrittliche Volkspartei	42	Wirtschaftl. Vereinig. und Reformpartei	13
Bauernbündler, Dänen u.		Polen	18
Volksring	8	Zentrum	93
		Elbfläßer, Welsen und Wilde	12
	204		193

Die Linke hat mithin selbst dann eine, wenn auch nur kleine Mehrheit, wenn Polen, Welsen usw. dem Blod dauernd zugerechnet werden. Der Kampf gegen den „schwarz-blauen Blod“ hat durch den Erfolg gehabt, den er nach Lage der Dinge haben konnte: Die reaktionäre Regierungsmehrheit ist zertrümmert, — die Bahn für eine fortschrittliche Gestaltung und Entwicklung unsrer politischen Lebens ist frei.

Das ist aber nicht das Ende, sondern erst der Anfang des Kampfes. Jetzt soll die neugebildete Mehrheit zeigen, daß sie den rechtlichen Willen hat, eine wirklich volksfreundliche Politik zu treiben. Das wird ihr, diesen rechtlichen Willen einmal vorausgesetzt, nicht immer leicht werden. Einmal ist die niedergezwungene Minderheit so groß, daß sie nicht nur die Beratung ihrer misliebigen Gesetze sehr erschweren, sondern auch mit einigen Ueberläufern von Fall zu Fall zur Mehrheit werden kann, und zum andern haben — leider — Monarch und Bundesrat jederzeit die Macht, Gesetze zu verhindern, die den herrschenden Klassen nicht gefallen. Mit Recht forderte denn auch unser K.-Mitarbeiter in Nr. 4 des „Proletariats“ die Beseitigung dieser Regierungsvormundschaft. Also selbst bei den guten Willen der neuen Mehrheitsparteien als gegeben vorausgesetzt, tut gut, seine Hoffnungen auf die neue Epoche nicht allzu hoch zu spannen.

Besteht nun wirklich bei der neuen Mehrheit allseitig der rechtliche Wille, die seither übliche Politik der Belastung und Entrechtung der breiten Volksmassen durch eine andre, bessere Politik zu ersetzen? Bei der Sozialdemokratie besteht dieser Wille gewiß, bei den sogenannten Fortschrittlichen ist schon ein Fragezeichen am Platze, für die Nationalliberalen aber muß diese Frage ganz entschieden verneint werden. Es ist ganz ausgeschlossen, daß die nationalliberale Partei in ihrer heutigen Zusammensetzung volksfreundliche Politik treiben kann oder auch nur will. So wenig ein vernünftiger Mensch Feigen am Dornenstrauch sucht, so wenig darf ein einsichtiger Politiker von der Interessenvertretung des industriellen Großkapitals wirklich volksfreundliche Politik erhoffen. Die Volksfreundlichkeit der Nationalliberalen erschöpft sich und muß sich erschöpfen in leeren Worten und politischen Luftspielen.

Für uns als Gewerkschafter sind die Nationalliberalen neben den Reichsparteilern die ärgsten Feinde. Der Ausbau des Arbeiterschutzes, der Arbeiterversicherung und der Arbeiterrechte findet bei den Nationalliberalen die entschiedensten Gegner. Das erklärt sich sehr leicht aus der bekannten Tatsache, daß die Vertreter der nationalliberalen Partei teils selbst große Unternehmer, teils von den Unternehmern vorgeschobene und ausgehaltene Agenten sind. Konservativ und Zentrumler vertreten bei ihrer Befämpfung der aufstrebenden Arbeiterschaft nur ihr Klasseninteresse, die Nationalliberalen aber daneben noch ihr eigenes oder ihrer Schieber Profitinteresse. Sobald die Regierung die von den Nationalliberalen so stürmisch geforderte Vorlage über den Schutz der Arbeitswilligen vorlegt — und sie wird das voraussichtlich bald tun — wird die nationalliberale Partei auf den rechten Flügel der Reaktion rücken.

Mit diesen Ausführungen soll selbstverständlich die Tatsache nicht bestritten werden, daß der neue Reichstag besser ist als der alte. Zwar wird er der Regierung Soldaten, Schiffe und Kanonen bewilligen, aber eine Finanzreform wie die von 1909 wird er nicht machen. Es ist jedoch nötig, schon jetzt allzu fähne Hoffnungsstriebe zu beschneiden und vor allem darauf hinzuweisen, daß die veränderte Zusammensetzung des Reichstages den schon lange angeforderten Feldzug gegen das Grundrecht der Arbeiter nicht einmal hinausgeschoben, geschweige denn verhindert hat.

Erfreulich in jedem Betracht ist die Tatsache, daß die Sozialdemokratie als die stärkste Partei in den Reichstag einzieht. Die Sozialdemokratie ist nicht eine Arbeiterpartei, sondern sie ist die Arbeiterpartei schlechthin. Gewiß findet hier und da eine Arbeiterforderung auch bei den bürgerlichen Parteien Berücksichtigung und Förderung, aber immer nur insoweit, als das Interesse anderer

Schichten oder Gruppen dadurch nicht oder doch nicht wesentlich berührt wird. Die Sozialdemokratie aber fördert und vertritt die Arbeiterinteressen immer und ohne Rücksicht auf entgegenstehende Interessen des Kapitals.

In ihrer jetzigen Stärke kann die Partei in weit größerem Maße als bisher praktisch wirken. Sie kann volksfeindliche Maßnahmen mit mehr Aussicht auf Erfolg bekämpfen und sie wird volksfreundliche Gesetze und Maßnahmen nicht nur fördern, sondern auch fordern und vorschlagen. Und selbst die Regierung wird die Forderungen und Vorschläge einer Partei, die ein Drittel der Wähler vertritt und mehr als ein Viertel der Abgeordneten stellt, beachten müssen. In der absoluten Stärke der Sozialdemokratie, nicht in der Zertrümmerung des schwarz-blauen Blochs liegt der beste Erfolg der bevorstehenden Wahlen, die sicherste Bürgschaft einer andern Orientierung unsrer Politik.

Das wissen auch die Scharfmacher. Und daher ihre maßlose Wut über den Ausfall der Wahlen, daher ihre unerschämte Hebe, die Regierung möge diesen Reichstag nach Hause schießen, noch bevor sie ernstlich versucht hat, mit ihm zu arbeiten. Knirschend vor Wut schreibt das Organ der industriellen Scharfmacher, die „Post“, über den Erfolg der Sozialdemokratie:

„Noch schlimmer (als auf dem Gebiete der „großen Politik“ und der Kolonialpolitik. Red. d. „Prolet.“), ja geradezu verhängnisvoll kann die Zusammensetzung des Reichstages auf unsre Sozialpolitik einwirken. Der unsrer Industrie wie unserm Gewerbe notwendige, von der Regierung geplante Schutz der Arbeitswilligen kann natürlich von vornherein als abgetan gelten. Gegen 110 Stimmen der Sozialdemokratie, rund 60 des Liberalismus und ungefähr 30 Stimmen des Zentrums (soviel dürften wohl abspalten) würde jede derartige Vorlage oder auch nur der Versuch einer solchen Vorlage glatt erledigt sein. Und was auf der andern Seite diese sozial-utopistische Mehrheit der Industrie für neue Lasten aufzubürden vermag und wahrscheinlich auch ausladen wird, mag die Zukunft erweisen.“

In sehr richtiger Einschätzung ihrer Dufensfreunde rechnet die „Post“ die Mehrheit der Nationalliberalen zum antisozialen Blod. Auch darin dürfte sie sich kaum irren, daß das arbeiterfreundliche Zentrum in seiner übergesetzten Mehrheit für brutale Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter zu haben ist. Weil aber die Sozialdemokratie, das feste Bollwerk gegen Ausnahmegesetze und die unermüdbliche Vorkämpferin für sozialen Fortschritt, so außerordentlich erstarbt ist, fürchten die Scharfmacherischen Vorkämpfer trotz alledem für ihre Felle. Möge die Zukunft zeigen, daß ihre Furcht berechtigt war.

Die Sozialdemokratie wird sich jedoch voraussichtlich nicht damit begnügen, die Angriffe der Scharfmacher auf das Organisationsrecht der Arbeiter abzuwehren. Sie wird vielmehr, sobald die Frage ausgerollt wird, den Hieb als Parade wählen und die gesetzliche Sicherstellung des Koalitionsrechts fordern. Den Unternehmern, die Reichsgesetze aus eigener Machtvollkommenheit außer Kraft setzen, indem sie den Arbeitern das Koalitionsrecht rauben, muß das Handwerk gelegt werden. Eine Bestimmung, die jeden Arbeitsvertrag, der ein Organisationsverbot enthält, für nichtig erklärt und jede Beschränkung des Organisationsrechts mit Strafe belegt, ließe sich sehr kurz formulieren und im neuen Strafgesetzbuch leicht unterbringen. Ein solcher Schutz des Koalitionsrechts ist auch nicht etwa neu. In Neu-Seeland wird schon heute die Beschränkung dieses Rechts mit Geld- oder Gefängnisstrafe geahndet.

Gegen eine solche Sicherung dieses Rechts lassen sich nicht leicht triftige Gründe vorbringen. Mindestens wäre es interessant, zu erfahren, was die nationalliberalen Freiheitschwärmer gegen diese Sicherung der persönlichen Freiheit der Arbeiter einwenden würden. Und das heuchlerische Zentrum müßte bei einem solchen Antrage gleichfalls Farbe bekennen. Es ist doch nicht anzunehmen, daß die christlichorganisierten Arbeiter es ruhig hinnehmen würden, wenn etwa das Zentrum eine Sicherstellung des Organisationsrechts gegen die Maßregelungsgelüste der Unternehmer ablehnen würde. Ueberdies ist die Sozialdemokratie jetzt so stark, daß sie, wenn der Fortschritt bei der Stange bleibt, mit einigen Parteipolitikern von links und rechts eine Mehrheit bilden kann.

Was hier vom Koalitionsrecht gesagt ist, gilt auch ganz allgemein. Die Sozialdemokratie kann und wird im Reichstage nicht der Schwanz eines antischwarz-blauen Blochs sein; denn ein solcher Blod würde so gegensätzliche Elemente umfassen, daß dagegen selbst der Holtentvitenblod jenseitigen Angebens nach eine homogene Gruppe wäre. Aber die Sozialdemokratie kann der Kristallisationspunkt einer oppositionellen Parlamentsgruppe werden, die, je nach der Situation, als starke Minderheit oder als vorübergehende Mehrheit den Gang unsrer Politik beeinflusst. In dieser Stellung kann die Partei keine Wellenwende herbeiführen, aber sie kann einer freihheitlichen Entwicklung und volkstümlichen Gestaltung unsrer Politik die Wege ebnen.

Der achte Internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1910.

I.
Früher als in den Vorjahren war der Internationale Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen umfände, den Jahresbericht über die internationale Gewerkschaftsbewegung heraus-

zugeben. Nach dem Beschlusse der letztjährigen internationalen Konferenz soll der Bericht stets bis Schluß des dem Berichtsjahr folgenden Jahres im Druck erscheinen, ohne Rücksicht auf Vollständigkeit. Das ist diesmal auch durchgeführt mit dem Ergebnis, daß drei der Berichte im Rückstande geblieben sind, nämlich die von Belgien, Rumänien und den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die bulgarische Zentrale war vor der letzten Konferenz so lange ausgeschlossen worden, bis eine Entscheidung im eigenen Lande herbeigeführt wurde. Deshalb ist auch der bulgarische Bericht diesmal fortgeblieben. Zwar hatten beide Landeszentralen Berichte eingegandt, die aber erhebliche Differenzen in ihren Angaben zeigten. Das Ersuchen, einen gemeinsamen Bericht aufzustellen, lehnten beide ab, und so unterblieb jede Berichterstattung. Aber nicht nur die Berichterstattung, sondern auch die internationale Statistik hat darunter gelitten, denn für die fehlenden Länder konnten nur die Mitgliederzahlen von 1909 eingesetzt werden und alle übrigen Fragen der Statistik mußten offen bleiben. Hoffentlich wird mit der strengen Durchführung des Beschlusses der Wiener internationalen Konferenz der gewollte Zweck, die säumigen Landeszentralen zu pünktlicher Einsendung anzuspornen, in den nächsten Jahren auch erreicht, sonst wäre die rasche Veröffentlichung mit der lächerlichen Berichterstattung zu teuer erkauft, weil dadurch der Wert des internationalen Berichts erheblich beeinträchtigt wird.

Daß die statistischen Angaben aus einzelnen Ländern mangelhaft sind, wurde schon in früheren Berichten festgestellt. Auch im vorliegenden Bericht kehrt die gleiche Klage wieder. Sieben Landeszentralen haben nicht einmal Angaben über ihre eigene Rassenführung gemacht, über die sie doch vor ihren Landeskongressen Rechenschaft ablegen müssen. Daß dadurch die Vergleichsmöglichkeit hinsichtlich der Leistungen in den einzelnen Ländern herabgesetzt wird, liegt klar auf der Hand. „Gewiß“, heißt es im Bericht, „es ist nicht bei den Gewerkschaften in allen Ländern die gleiche Neigung vorhanden, Gewerkschaftsstatistik zu betreiben. Manche Landeszentrale mag dem Zahlenmaterial keine wesentliche Bedeutung beilegen. Die Erfahrung in den Ländern, in welchen der Statistik große Bedeutung beigelegt wird, hat aber gelehrt, daß die statistischen Arbeiten diese Bedeutung verdienen. Sie haben die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter darüber belehrt, was ist, und ihnen gelehrt, was einzusetzen ist. Fehlendes zu schaffen, Mangelhaftes zu bessern. Es ist kein Zufall, daß die Gewerkschaften in den Ländern, in welchen die Gewerkschaftsstatistik gepflegt wird, die größere innere Festigkeit aufweisen. Es sind eben die Lehren der Statistik, welche bei der Arbeiterbewegung die erforderliche Erkenntnisreife herbeigeführt haben. Selbst die Landeszentralen, welche glauben, diese Erkenntnis durch Anwendung anderer Methoden herbeiführen zu können, sollten bestrebt sein, das erforderliche Material für den internationalen Bericht herbeizuschaffen. Es kann doch nur in ihrem Interesse liegen, eine Vergleichsmöglichkeit über die Tatkraft und Leistungsfähigkeit für die Gewerkschaften aller Länder herbeizuführen.“

Der internationale Bericht für 1909 gab an, daß in den berichtenden Ländern 9 845 243 Gewerkschaftsmitglieder (1908: 9 308 157) vorhanden waren. Stellt man für 1910 bei den nichtberichtenden Ländern die Mitgliederzahlen des Vorjahres ein, so erhöht sich die Gesamtzahl der organisierten Arbeiter auf 10 089 430. Aus der folgenden Tabelle ist ersichtlich, wie sich diese 10 Millionen auf die angeschlossenen Länder verteilen. In den beiden letzten Spalten ist die Einnahme und Ausgabe der Landeszentrale angeschlossener Gewerkschaften mitgeteilt, soweit Angaben darüber vorliegen.

	Organi- sierte insgesamt	Der Landes- zentrale angeschloß.	Jahres- einnahme M.	Jahres- ausgabe M.
England	2 347 461	710 994	?	?
Frankreich	977 350	400 000	—	—
Belgien	138 928	102 541	—	—
Niederlande	143 860	44 120	1 857 600	992 925
Dänemark	123 864	101 568	3 926 070	2 604 966
Schweden	121 180	85 166	2 774 208	2 683 704
Norwegen	47 463	46 397	1 351 732	1 079 386
Finnland	24 928	15 511	215 697	220 136
Deutschland	2 688 144	2 017 298	64 372 190	57 926 566
Oesterreich	451 232	400 563	7 170 147	6 686 450
Yosnien-Herzegovina	6 283	6 086	85 632	72 591
Kroatien-Slawonien	6 805	5 108	49 183	40 890
Litauen	86 778	86 478	1 535 302	1 382 226
Serbien	7 418	7 418	81 751	60 182
Rumänien	8 515	8 515	—	—
Schweiz	93 797	63 843	1 452 226	1 303 801
Italien	783 538	359 383	509 864	479 936
Spanien	40 984	40 984	—	—
Vereinigte Staaten	1 710 433	1 710 433	—	—
Zusammen	9 808 927	6 212 406	53 346 610	75 533 359

Der internationale Sekretär klagt in seinem Bericht darüber, daß es fortgesetzt unmöglich ist, von den englischen Gewerkschaften, soweit sie der Landeszentrale angehören, genauere Angaben über Einnahmen, Ausgaben und Rassenbestände zu erhalten, da dieselben laut gesetzlicher Verpflichtung nur der Behörde gemacht werden. Die 100 größten Gewerkschaften Englands insgesamt hatten bei 1 422 299 Mitgliedern pro 1910 an Jahreseinnahmen 52 232 772 M., an Jahresausgaben 51 823 286 M., und an Rassenbeständen 103 049 784 M. zu verzeichnen. Sie verausgaben für Unterstützungen insgesamt 40 955 510 M., und für Streiks 3 161 816 M.

Eine Umfrage über die Höhe der Beitragsleistung in den einzelnen Gewerkschaften hat sehr unvollständige Ergebnisse geliefert. Nur Dänemark, Schweden, Norwegen, Deutschland, Oesterreich, Bosnien, Ungarn und die Schweiz haben über die Beitragshöhe Auskunft gegeben. Der Internationale Sekretär spricht den berechtigten Wunsch aus, daß die übrigen angeschlossenen Länder sich an den acht ein Beispiel nehmen möchten.

Die Spezialberichte aus den angeschlossenen Ländern sind noch immer von sehr ungleichem Wert. Unerreicht ist noch immer der deutsche Bericht, der auf knappem Raum eine Fülle von wichtigen Angaben bringt. Der englische Bericht ist dagegen äußerst dürftig; nur Spanien, Bosnien und Herzegowina berichten gleich wenig. Es ist wirklich bedauerlich, daß ein Land mit einer so alten, starken und einflussreichen Arbeiterbewegung nicht mehr über Umfang, Entwicklung und Erfolge seiner Gewerkschaften berichten kann oder will.

Die Ausführungen über das Versicherungsgesetz, die sich im englischen Bericht finden, können wir hier um so eher übergehen, als wir ja in Nr. 4 des „Proletarier“ eine knappe Darstellung dieses Gesetzes aus der Feder eines Mitarbeiters gebracht haben. Von den sonstigen Angaben ist bemerkenswert, daß die englischen Unternehmer nach den großen Streikbewegungen des Jahres 1910 die Gesetzgebung gegen die Gewerkschaften mobil zu machen versuchten.

Die Tage der Konsumenten.

Mit besonderer Genugtuung dürfen die Konsumentengewerkschafter auf Verkauf und Ergebnis der Reichstagswahlen zurückblicken. Es waren ausgesprochene Konsumentenwahlen! Von vornherein stand aus ganz erklärlichen Ursachen das Konsumenteninteresse im Vordergrund des Kampfes. War doch die mit den Konsumenten schändlicher spielende schamlose Reichsfinanzreform der Punkt, von dem alle Erbitterungen ihren Ausgang nahmen und nehmen mußten: Und da waren die aufrichtigen und konsequenten Vertreter der Konsumenteninteressen ohne weiteres in der angenehmen Lage, aus der Verteidigung in die Angriffsstellung zu kommen. Sie konnten mit erschütternder Rücksichtslosigkeit den halben und ganzen Freunden des schwarz-blauen Blochs ihre Sünden am Konsumenten vortragen, und den Angegriffenen blieb nichts übrig, als ausichtslose Rechtfertigungs- und Entschuldigungsversuche.

Gewiß sind ja auch andre hochwichtige Fragen in den hinter uns liegenden Tagen heißen Ringens um parlamentarischen Einfluß leidenschaftlich und gründlich debattiert worden, aber die gewichtigste Frage für all die vielen Bewerber um des Volkes Vertrauen blieb doch bis zum letzten Tage: Wie hast du bisher unser täglich Brot behandelt, und wie werden du und deine Partei es in den kommenden fünf Jahren behandeln? Und wer da nicht eine fleckenreine Vergangenheit hatte, die für die Zukunft sichere Bürgschaft zu gewährleisten schien, für den sah es sehr trübe aus.

Es war daher auch für den aufmerksamen Politiker — und als solche können nur die gelten, die immer und überall auch die Vergangenheit im Gedächtnis behalten und durch sie ihr Urteil leiten und leiten — höchst interessant und manchmal selbst amüsant, zu beobachten, mit welchem Nachdruck die Herren Kandidaten mit wenigen Ausnahmen den Wählern gerade in deren Eigenschaft als Konsumenten mit den lockendsten Versprechungen um den Stimmzettel gingen. Solche Hochflur von Liebe zum Konsumenten haben wir bisher noch nicht erlebt. Wir wollen heute nicht unterjochen, wieviel Untreue und Falschheit dabei war. Das werden wir noch früh genug gewahr. Und wir werden, gewiß durch manche schlechte Erfahrung, uns nicht sonderlich wundern, wenn's hinterher doch „ein ganz wenig anders“ kommt. Aber die Tatsache wollen wir doch festhalten, zu welcher hoher Bedeutung jetzt der Wähler Konsument aufsteigen ist!

Wir begrüßen diesen Umschwung der Dinge. Viel zu lange haben die Konsumenten als solche die gewaltige Kraft, die sie bei geschlossenerem Vorgehen zu entwickeln vermögen, ungenützt

gelassen. Wenn darin nunmehr Wandel eintritt, so kann das nur ihr Vorteil sein! Nur nicht lockerlassen! Die Bedeutung der großen Massen der Konsumenten auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens ist eine so innenfällige, in erdrückenden Ziffern auch dem Begriffsstutzigsten so leicht verständlich zu machende, daß bei einigemmaßen geschickter und energischer Ausnutzung dieser nun einmal ohne weiteres vorhandenen Machtmittel die heute gewonnenen günstigeren Position nicht nur glänzend erhalten, sondern bald unannehmbar werden wird. Da bedarf es nur der Erkenntnis der Sachlage und des festen Willens, sie zum eigenen Nutzen bis zum äußersten auszubenten!

Vor allem ist erforderlich ein weit umfassenderer organisatorischer Zusammenschluß der Konsumenten. Nicht zu politischen Zwecken! Dafür haben wir andre Organisationsgebilde. Aber der zu rein wirtschaftlichen Zwecken erfolgende Zusammenschluß der Konsumenten als solcher ist geeignet, ihre wirtschaftliche Bedeutung, die beim einzelnen Konsumenten nicht auffällt, ins rechte Licht zu rücken. Und die Einsicht immer weiterer Kreise in diese Bedeutung wird das Urteil über die Konsumenten und die Sorge für sie in ganz andre Bahnen lenken. Der Konsument wird, weil man sich klar wird über die immense Kraft, die er im Bunde mit seinesgleichen darstellt, aufhören, das Stiefkind der Gesetzgebung zu sein, man wird aus guten Gründen mehr und mehr dazu übergehen, ihn zu hegen und zu pflegen! Aber nur dann, wenn er auch jedem verständlich zeigt, wo er erst und was er vorstellt. Also nur, wenn er nicht als einzelner, sondern in organisierter, ihrer Bedeutung und ihres Zieles bewußter Massen auftritt.

Im Rahmen dieser allgemeinen Betrachtungen darf auch wohl erörtert werden, wie im diesmaligen Wahlkampf die bereits vorhandenen Konsumentenorganisationen gefahren sind. Sie dürfen bekümmert nicht aktiv in politische Kämpfe eingreifen und haben das auch selbstverständlich nicht getan. Aber ihre Mitglieder haben natürlich das gute Recht, die Interessen ihrer Konsumentenorganisation nachdrücklich zu wahren und vor allem sie gegen Angriffe in Schutz zu nehmen. Und das ist ausgiebig und mit großem Erfolg geschehen. Auch hier hat sich das Bild bößlich verschoben. Als die Konsumentenorganisationen noch schwach und bedeutungslos waren, fanden sie niederträchtig-brutale Gegner in Menge, denen auf der andern Seite meist nur laue, gleichgültige Freunde gegenüberstanden. Den Genossenschaftler mußte damals das niederdrückende Gefühl beschleichen, daß er mit seinen so überaus berechtigten Interessen vor Gott und aller Welt verlassen, ja geradezu verraten und verkauft sei. Wie ganz anders heute! Heute dürfte beispielsweise der sozialdemokratische Redner eine Parität sein, der bei feindlichen Angriffen auf das Institut der Konsumentenvereine und ihre inneren Einrichtungen weiter nichts zur Abwehr zu sagen weiß, als daß die ganze Sache die Sozialdemokratie nichts angehe, wie das vor noch nicht gar so langer Zeit so der übliche Ausweg war. Heute bekennen sich die Vertreter dieser Partei in Wort und Schrift rückhaltlos zur Idee der genossenschaftlichen Selbsthilfe, verteidigen die Teilnahme der Arbeiter an den Konsumentenvereinen als deren gutes, unantastbares Recht und weisen die verlogenen Schmutzereien gewisser Blätter und Broschüren über „Mißstände in sozialdemokratischen Konsumentenvereinen“ mit derselben Wucht und Gründlichkeit zurück, wie etwa Angriffe auf Parteibruderebetriebe, und stellen mit Fug und Recht die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der von organisierten Arbeitern geleiteten Unternehmungen als vorbildliche und nachahmenswerte denen bürgerlicher Konkurrenzbetriebe gegenüber. Und die Gegner? Ach, wohl hat man da und dort, um Mittelstandsstimmen zu ergattern, ein wenig über die bösen Konsumentenvereine geschimpft, die angeblich den an innerlichen Krankheiten hinziehenden Mittelstand „vergifteten“, aber am allgemeinen gingen die bürgerlichen Kandidaten den Auseinandersetzungen über Konsumentenvereine, soweit sie nicht gar offen ihre Sympathie bekundeten, mehr klug als mutig aus dem Wege und überstehen in einem Anfall von politischem Reinkohlheitsgefühl die Beschuldigung der machtwort aufblühenden Konsumentenorganisationen dem betamten Verbände. Es war ja auch eine eigene Sache, sich als

Gegner der organisierten Selbsthilfe hinzustellen. Den Liberalen traten im Arm Schulze-Delitzsch und Dr. Hans Erträge mit unanfechtbaren Argumenten für die Güte und Notwendigkeit der Konsumentenvereine entgegen, den schwarzen und blauen Agrariern die bäuerlichen Genossenschaften mit ihrer zwischenhandelsfeindlichen Tendenz, das große politische Warenhaus, das sich „Bund der Landwirte“ nennt, den zünftlerischen Reaktionsären die zahllosen Handwerker-genossenschaften aller Art, und dem ganzen arbeitergenossenschaftlichen Gelächter die blamable Konstatierung, daß sie für ihre Genossenschaften die moralische und finanzielle Unterstützung von Staat und Gemeinde ungeniert in weitestem Maße in Anspruch nehmen, während die Arbeiter stolz darauf sind, aus eigener Kraft Größeres und Besseres zu leisten und nur fordern: „Laßt uns in Ruhe gleich den andern unsere Kulturarbeit verrichten zum Nutzen der wirtschaftlich Schwichen!“

Kurzum — der Welken der Konsumentenvereine wollte nicht blühen, er setzte überall nur taube Nöhren an. Das Wahlergebnis begrub ihre letzten Hoffnungen: Die Konsumentenvereine freunde buchten Sieg auf Sieg! Im klassischen Lande der deutschen Konsumentenbewegung, Sachsen, fielen ihnen trotz des wütenden Ansturms der Mittelständler von 23 Kreisen 19 zu. Und überall, wo die Konsumentenbewegung achtunggebietend besteht, sehen wir das gleiche Schauspiel. Hamburg, Lübeck, Hannover-Linden, Frankfurt a. M., München, Nürnberg, Mannheim, Magdeburg, usw. So haben die Konsumentenorganisationen, steigerten auch die stärksten Stimmenzahlen für den parlamentarischen Schutz der Konsumenten!

Es wird selbst in Arbeiterkreisen nicht selten die völlig falsche Meinung vertreten, die proletarische Genossenschaftsbewegung treibe den Reaktionsären Anhänger zu. Wo werden denn aber die Reaktionsäre haufenweise gewährt? Dort, wo die Konsumentenorganisation noch gar nicht Fuß gefaßt hat! Im dunkeln Osten, Süden und Westen! Und wo wird die Reaktion immer machtvoller aus ihren Schlupfwinkeln verdrängt? Dort, wo die Konsumenten die Macht der Organisation begriffen haben! Ein typisches Beispiel: Im sechsten schleswig-holsteinischen Wahlkreis kandidierte der Genosse v. Elm, dessen unermüdetes Arbeiten für die Genossenschaftsbewegung ihn zum bestgehörten Manne in den Kreisen der Reaktionsäre gemacht hat. Ihr Haß gegen den „Konsumentenkönig“ hat sie dazu getrieben, mit allen nur erdenklichen Mitteln gegen ihn zu wüten. Und der Erfolg? Von allen sozialdemokratischen Kandidaten schleswig-holsteins hat gerade v. Elm den relativ stärksten Stimmenzuwachs, obwohl sein Kreis riesige, wirtschaftlich sehr rückständige Hebelandgebiete umfaßt!

Ungeachtet solcher berechneten Tatsachen sollte in unsern Reihen aller Zweifel weichen und unverblüht sich das Bewußtsein den Freunden unserer Sache einprägen, daß die Konsumenten einen gewaltigen, siegreich sich geltend machenden Machtfaktor darstellen, wenn sie nur wollen, wenn sie nur mit dem Schlüsselersprengenden Zauberstab Organisation sich den Zutritt zu Regierungen erzwingen, die ihnen bisher versperzt waren. Was im Interesse der Konsumenten, in der Richtung einer gerechteren, verständigeren Würdigung vor allem ihrer Bedeutung heute erreicht ist, das danken sie in erster Linie ihrem organisatorischen Fortschritt. Man kann sie nicht mehr übersehen, und deshalb magt man es auch nicht mehr!

Nun heißt's: Kräftig nachhassen! Den Sieg ausnutzen, ihn zu einem vollen machen! Den Kampf der Konsumenten müssen die Erntetage folgen! Die Wahl hat den Konsumenten den Wert der Organisation handgreiflich vor Augen geführt. Nun wollen wir sie lehren, die Konsumentenvereine! Vor allem aber gilt das unsern Kollegen und Kolleginnen, von denen noch Rehtausende zu ihrem eigenen Schaden der genossenschaftlichen Organisation fernstehen!

Prob.

Kauf- und Lohntagen aus dem 17. und 18. Jahrhundert.*)

L

Teils durch Initiative der Regierungen, teils durch Anregung von Fürsten und Ständeversammlungen eingeführte Lohntagen waren in früheren Jahrhunderten vielfach üblich. Mehr wie der staatlich festgesetzte Lohn wurde jedoch meistens nicht gezahlt, wohl aber weniger, wodurch nicht allein die Arbeiter, sondern auch die Meister, die außer ihren Verdiensten in den Häusern der Kaufleute arbeiteten, geschädigt wurden. Viele solcher Lohntagen sind nur noch in Urkunden vorhanden, andre trotz vieler Bemühungen nicht zu erlangen. Die unten folgenden Schätzungen stammen aus dem Jahre 1647 und betreffen über 130 Jahre die Reichsstadt, nach denen die Löhne in den zu Rede stehenden Ländern und Nachbarnländer bezahlt wurden. Bei den amtlichen Kapital-Lohntagen im Kaufmannstand, bei Hergeboten, Weibern und bei den Weib-Handlungsleuten ist die Rede, bei sonstigen Löhnen, deren Gehältern und fähigen Lohntägern werden zu viel verlesen und so die Rechte und Interessen der Arbeiter der Kaufmannschaft aufzuheben, eine große Rolle. Demartige Bestimmungen werden sowohl von den älteren Kaufmannen, wie von der Regierung oft und unermüdet angefordert. Eine Beschreibung der Höhe und des Inhalts in den verschiedenen Reichsteilen, nämlich in Preußen, im Herzogtum, im folgenden Sinne:

1. Die amtliche Lohn-Ordnung und die Bestimmung von 15. Februar 1645 ist in so weit dieselbe maßgebend nicht abgeändert, als sie geändert werden.
2. In Preußen dürfen nur die in der Lohn-Ordnung angeführten Löhne gezahlt, von denen kein Geldgehälte angeboten, noch angenommen werden, bei den Kaufleuten dürfen keine Gehälter angeboten, den gelovenen Gewinnen darf jedoch eine Ermäßigung angeboten werden.
3. Die Preußen-Löhne, insbesondere die typische Weib-Ordnung bei den Weibern, Söhnen und Mägden sind bei einem Goldgulden Strafe

für jeden Teilnehmer und bei 10 Gulden Strafe für den, solche Gelage gehaltenen Strafe durchaus verboten.

4. Des Untervermietens der Diensthöten wird streng verboten, sobald auch unterlegt, einem „aussteht“ mehr als ein Reichsdort, einem Mittelmecht mehr als ein Kopsfuß und einem Jungen oder einer Magd mehr als 1/2 Reichsdort zum Mietepennig auf ein Jahr zu geben, bei Vermietung einer Bräutigam von 1 Reichsdort für jeden mehr gegebenen oder empfangenen Schilling.
5. Die in Westphalen eingefessenen Diensthöten müssen im Lande dienen, und sollen die in ausländischen Diensten sich befindenden binnen drei Monaten bei Verlust ihres Hab und Gutes zurückkehren.
6. Das Annehmen des Mietepennigs auf 2 und mehr Jahre ist bei 4 Goldgulden resp. bei Leibesstrafe verboten.
7. Das aus seiner Dienstzeit unwillig austretende Gesinde vermisst ipso facto *) die Vermietung des Landes.
8. Die ohne Gehalt und Steuerzahlung bei Andern sich aufhaltenden und ihr Privatgewerbe treibenden Untertanen sollen angehalten werden, entweder in einem drohbareren Dienst zu treten oder auf die noch vielfach vorhandenen Müssen Höhe und Löhne fest zu begeben, bei Strafe fiskallicher Einziehung ihrer Güter.
9. Der Viehlohn (Fahselohn) des Gesindes soll, wie er vor 40 bis 50 Jahren war, erneuert und hiernach für die Zukunft festgesetzt, auch die weiteren Unterbreitungen dieser Sätze mit Geld- und Leibesstrafen belegt werden.
10. Den Handwerkern sollen nur folgende Tagelohnsätze bezahlt werden: Einem Malter-, Schreiner- oder Zimmermeister ohne Kost 1 Reichsdort **, mit der Kost 1/2 Schilling. Einem Bildhauer (Hafschinder) und Rademacher ohne Kost 1 Reichsdort, mit Kost 6 Schilling. Einem gemeinen Tagelöhner ohne Kost 10 Schilling, mit Kost 4 Schilling.
11. Die Arbeiter und Heder in Städten und Dörfern sollen jeden Tag zur Befriedigung ihres übertriebenen Gewinns und zur Schätzung des gemeinen Mannes gegen Verzug, streng beauftragt, zuweilen ihr Handelsvertrieb amüßig zu sein und nach Befinden Lohntagen affigirt, beiseiten oder das Feuer bei ihnen vorfindliche ausgedrückt Vollendung konstatiert werden.
12. Die Drucker und Bäder sollen überall obrigkeitlich angehalten werden, gutes Bier zu brauen, ausreichige Maß zu brauen und hinlänglich schmers und gar gebadene Brod zu liefern.

*) ipso facto = durch die Tat, durch die Tatsache selbst.
 **) Nach dem Geldkurs vom 1. September 1645 waren 3 Reichsdort 1 Reichsdort 16 Albus 8 Heller.

den, durch Glodenschlag an den gewöhnlichen Gerichtörtern und vor dem Rathshausern, zu versammelnden Untertanen öffentlich vorgelesen werden.“

Die Weib- und Mägde erhielten in Westfalen auch gewöhnlich einen Teil ihres Lohnes in Naturalien. Als im Jahre 1761 die Fruchtpreise besonders hoch standen, wurden durch den Landdrosten und die Räte des Herzogtums Westfalen die Diensthöten gezwungen, ihren Naturallohn in Geld zu nehmen, und zwar nicht nach den hohen Fruchtpreisen des betreffenden Jahres, sondern nach den niedrigen Fruchtpreisen früherer Jahre berechnet. Der Inhalt der diesbezüglichen Verordnung war folgender:

„Der im Herzogtum Westfalen an mehreren Orten übliche Naturalien-Viehlohn der Knechte und Mägde soll von denselben für dieses Jahr bei den durch Forragierung geschwächten Beständen und erhöhten Preisen der Früchte nicht gefordert werden, und müssen sie sich mit dessen Vergütung in Geld, nach der im Jahre 1759 publicierten Fruchttagge, nämlich für die rüthenische Mütte Roggen 1 Thaler 24 Groschen und für Gerste 1 Thaler 8 Groschen bei Vermeidung willkürlicher Bräutigamsstrafe begnügen.“

Dieses Vorgehen kann nicht anders als von der Regierung angeordneter Kontraktbruch bezeichnet werden. In der amtlichen Veröffentlichung der Lohn- und Kauftagen beruft sich der Kurfürst und Erzbischof von Köln auf sein Einverständnis mit dem Herzog von Jülich-Berg, dem Herzog Johann Wilhelm. Trotzdem finden wir unter dem letzteren Fürsten und dessen Nachfolgern keine Anhaltspunkte für die Einführung allgemeiner Lohntagen.

Die Bemühungen der Remscheid-Schmiede und Schleifer, der Denner und Barmen-Elberfelder Weber, Färber und Bleicher hinsichtlich der Erlangung von Lohntagen sind von den dortigen Kaufleuten resp. Fabrikanten immer durchkreuzt worden. Man war eben hange, aus den staatlichen Lohntagen können von den Arbeitern erzwungene und dann zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern vereinbarte Preisverträge entstehen, wie das in Solingen seit Jahrzehnten der Fall war, wo die Arbeiter der Stahlwarenindustrie bereits im 18. Jahrhundert in langjährigem Ringen ein mindestens dreifach höheres Entkommen erlumpft hatten, wie im übrigen Deutschland. Hier spielte allerdings auch die Eigenartigkeit der Industrie, der Umfang, daß die dortigen Arbeiter aus andern Staaten und Ländern nicht ersetzt werden konnten, eine große Rolle. Dafür mußte der Solinger Arbeiter aber auch einen Verbleibungszeit leisten, nach dem er nicht auswandern und die Fabrikgeheimnisse nicht in andre Länder verraten durfte.

Jeder geschickte Schlossermeister oder Schmied — schrieb der Solinger Oberichter von Daniels am Ende des 18. Jahrhunderts — wird die Artidei der Remscheid-Schmiede mit Fleiß und Mühe nachmachen lernen. Dieses ist aber nicht der Fall bei den Solinger Schneidern und Messerlingen hier liegen Fabrikgeheimnisse zu Grunde, welche andern Fabriken dieser Art unbekannt sind. Daher haben die Solinger Schwertlingen, besonders in Rücksicht ihrer Dauerhaftigkeit und Härting, den Vorzug vor allen andern Fabriken in Europa.“

*) Rübenschneide Mütte, amtliches westfälisches Fruchtmaß.

Eine Anklage wegen fahrlässiger Tötung und vorsätzlicher Sachbeschädigung als Folge eines Streits.

Am 22. März 1911 brach auf dem Eisenwerk Union in Dortmund, das zur Deutsch-Lugensburger Bergwerks- und Hüttenallianzgesellschaft gehört, ein großer Streit der Maschinen, Feiler und Kranleute aus, der das Wert einer Stellung zum Stillstand brachte. Der Arbeitsniederlegung waren längere Zeit hindurch Verhandlungen vorausgegangen. Die Arbeiter verlangten Lohnerhöhung und bessere Behandlung. Die Werksleitung erklärte, die Löhne seien noch zu hoch!

Am Abend des 21. März erstattete eine Kommission in einer von 600 Maschinen besetzten Versammlung Bericht. Es entstand eine große Erregung und von allen Seiten wurde verlangt, daß am andern Morgen in den Streik eingetreten werde. Die Werksleitung hatte durch Spitzel Kenntnis von dem Beschluß erlangt und am 7. März um 7 Uhr begonnen sollte.

Am 22. März gingen die Maschinen überall um 8 Uhr an ihre Arbeit. Um 7 Uhr ertönten die Signale zum Feilen, daß die Maschinen außer Betrieb gebracht würden. Alle Vorsichtsmaßnahmen wurden angewandt, um Schäden für Leben und Eigentum zu verhüten. So wurden die Feiler unter den Pfeilern gefestigt, die Elektromotore ausgehängt u. s. w. Trotzdem kam ein Stillstand ein Arbeiter zu Tode. Als eine Druckpumpe stillgesetzt wurde, bewirkte dieser Umstand, daß ein sogenannter Konverter, der zur Umwandlung flüssigen Eisens in Stahl dient und an dem bis zuletzt gearbeitet wurde, „kippte“, so daß die glühende Masse einen Mann in Flammen setzte.

Unter der Anklage, den Tod des Mannes verschuldet zu haben, wurde die Streikleitung verhaftet, aber nach einigen Tagen wieder freigelassen, da sich keinerlei Anhaltspunkte für die Beschuldigung beibringen ließen. Im Stillen ging die Sache aber weiter ihren Gang. Der Gewerberat wurde mit Ermittlungen in der Sache beauftragt, verschiedene Personen wurden herausgegriffen, bis dann nach längerer Zeit gegen zwei Maschinen eine förmliche Anklage zustande gebracht wurde.

Am 26. Januar war die Hauptverhandlung vor dem Landgericht in Dortmund. Einer der Angeklagten war nicht aufzufinden, so wurde nur gegen den andern verhandelt. Er sollte den Tod des verunglückten Arbeiters verschuldet und vorsätzliche Sachbeschädigung verübt haben. Diese wurde darin gefunden, daß beim Stillsetzen der Maschine einigte Blöcke an den Walzen nicht fertig ausgemalt worden konnten.

Zu der Verhandlung waren ca. 30 Zeugen, meist Maschinen- und Werksbeamte, Meister, Ingenieure und Betriebsleiter, geladen worden. Festgestellt wurde, daß der Angeklagte auf Anweisung des flüchtigen zweiten Maschinen eine Pumpe ausschaltete, und zwar aus dem Grunde, um Schäden zu verhüten. Die Angabe eines Werksingenieurs, daß ein Nebenklappenregulator an der Pumpe „ganz verbrochen“ worden und dadurch die Pumpe eine Zeitlang unbrauchbar geworden sei, brach zusammen, da ein Monteur angab, es sei nichts beschädigt gewesen; nach einigen Bemerkungen habe die Sache famos geklappt. Festgestellt wurde, daß die vorgeschriebenen Signale überall beobachtet worden sind. An der Pumpe war keine Signaleinrichtung vorhanden, wohl aber an der Konverterbahn. Ein Zeuge behauptete, daß ein Meister im Stahlwerk noch bis zum letzten Augenblick zur Arbeit angetrieben habe, um noch die Charge zu retten, als sich andre Arbeiter schon gerettet hätten. Der Meister bestritt dies energisch.

Festgestellt wurde auch, daß der angeklagte dritte Maschinenist nur ganz ungenügend ausgebildet worden war, von dem Betrieb im Stahlwerk und besonders am Konverter hatte er keine Ahnung. Das größte Aufsehen erregte es aber, als festgestellt wurde, daß auf der Union die Arbeiter beschuldigen mußten, die Unfallverhütungsvorschriften mit noch andern Vorschriften erhalten und Kenntnis davon genommen zu haben, ehe ihnen die Drucksachen überhaupt ausgefolgt wurden!

Der technische Gutachter von der Gewerbeinspektion hatte ein umfangreiches, für den Angeklagten ungenügendes schriftliches Gutachten abgefaßt, das nach der Erklärung des Verteidigers zum Teil mit in die Anklageschrift übernommen worden war. Durch die Verhandlung kam der Gutachter aber zu einem entgegengesetzten Gutachten; er erklärte, daß er den Angeklagten nicht für schuldig halte. Schon die Feststellung, daß auf der Union eher unterschrieben werde, als die Drucksachen ausgehändigt würden, ändere die Sache völlig. Der Angeklagte habe geglaubt, auf die bestmögliche Art Schäden zu verhüten. Der Staatsanwalt beantragte trotzdem 6 Monate Gefängnis. Er nannte den Beschluß, um 7 Uhr ohne vorherige Benachrichtigung der Werksleitung die Arbeit einzustellen, niederträchtig und er warf den anwesenden Zeugen den Vorwurf der moralischen Mitschuld an dem Unglücksfall ins Gesicht!

Das Gericht kam nach siebenstündiger Verhandlung zur Freisprechung, da es eine Schuld des Angeklagten in keiner Weise nachgewiesen hielt, aber annahm, daß der Maschinenist in bestem Glauben, Schäden zu verhüten, gehandelt habe.

So ist denn diese Anklage, die mit großem Lärm von der Unternehmerpresse ausgeführt wurde, elend zusammengebrochen. Noch im Dezember vorigen Jahres wurde im Jahresbericht der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller der Streit auf der Union erwähnt. Da hieß es u. a.: „An den elektrischen Einrichtungen des ganzen Werkes wurden weitgehende Beschädigungen festgestellt. Die Sicherungsvorrichtungen der Anlage und beteiligten wurden teilweise beseitigt, teils verstellt.“ Die Verhandlung hat gezeigt, was an diesen Beschuldigungen war.

Der Vorsitzende nahm in der Gerichtsverhandlung das größte Interesse daran, herauszubekommen, warum die Maschinenisten gerade um 7 Uhr mit dem Streik begonnen hätten. Er bekam immer die gleiche Antwort, daß man den Zeitpunkt für den günstigsten im Interesse der Streikenden gehalten habe. Der Vorsitzende und in verstärktem Maße der Staatsanwalt schienen es für die erste Pflicht der Arbeiter zu halten, vor Ausbruch eines Streiks den Unternehmer zu benachrichtigen. Vom Wesen des Streiks haben diese Juristen brennend keine blasse Ahnung. Der Streit soll ja gerade, da er wirksam sein soll, den Unternehmer zu ungeliebter Zeit treffen und ihn durch Zufügung eines wirtschaftlichen Schadens den Forderungen der Arbeiter geneigter machen. Wozu sonst würden denn um Himmelswillen die Arbeiter streiken? Die Sabotage lehnen die Arbeiter ab, wie sie natürlich auch den vorgekommenen Unglücksfall sehr bedauern. Aber das Recht des Streiks, und natürlich des Wirtschmens Streiks, muß bleiben. Welche Anschauungen da in den Köpfen der hoffnungsvollen jungen Anfänger im Juristenberuf herumschweben, ging aus der Unterhaltung einiger Referendare (über was sonst) hervor, die sich in einer Pause über die Aussichten in der verhandelten Sache unterhielten. Der eine meinte: „Einen Denksteil mußte er doch bekommen! Mit dieser blödsinnigen Streikerei immer!“

Wenn das geschieht am grünen Holz!
Durch die Ankündigung eines Streiks haben sich ja auch schon Arbeiter Streifen wegen „Erpressung“ geholt, Herr Staatsanwalt!

Korrespondenzen.

Streik und Differenzen bestehen in Augsburg, Reichenhalsleben, Rendsburg (Rarlschütte), Worms.
Zugang nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.
Berlin. In Rosenthal (Kr. Breslau) befindet sich das Emailierwerk Germania, G. m. b. H. Hier scheinen nicht gerade die besten Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bestehen. Niedriger Lohn und schlechte Behandlung gehen Hand in Hand. Im Zeitraum, wo besonders schlechte, ungeliebte Arbeit verrichtet werden muß, erhalten die Arbeiterinnen 14 bis 15 Pf. Stundenlohn. Dabei muß berücksichtigt werden, daß das Kochgeschloß der Kisten, welches bisher immer von Männern verrichtet worden ist, jetzt auch den Frauen überlassen bleibt. Jede Bitte, an diese schwere Arbeit doch wieder einen Mann zu stellen, ist bisher abgewiesen worden. Ja, die Frauen arbeiten eben billiger und da fragt man nicht nach der Gesundheit der Arbeiterin! Die Beize besteht aus verdünnter Salzsäure, infolgedessen werden nicht nur die Arbeiterinnen, sondern auch die Hände der Arbeiterinnen von der Säure arg angegriffen und zerfressen. Eine Arbeiterin, die sich weigert, die gefährliche Arbeit zu verrichten, wurde ohne weiteres entlassen.
Auch in der Nähe gibt es äußerst schwere Arbeit für die Arbeiterinnen. Allerdings wird hier etwas mehr Lohn gezahlt — 16 Pf. pro

Stunde —, dafür muß sich aber die betreffende Arbeiterin mit Kasten bis zu zwei Metern herumwälzen. — Die in dem Raum Beschäftigten müssen sitzen, daß sie zittern, weil in dem ganzen großen Raum nur ein einziger Ofen vorhanden ist. Der Expedient merkt, wenn diese Arbeit ebenfalls unterstellt, glaubt wahrscheinlich, daß wir uns noch in den Zeiten des Faustrechts befinden. Bei jeder Gelegenheit schlägt er auf die Arbeitstische ein. Hassenhaft kommt er bei dieser Gelegenheit auch einmal an den Unrechten, der sich dann ebenfalls mit den Händen verständlich macht. Man kann aber auch auf den Gedanken kommen, daß sich der Herr Expedient merkt nach dem Sprichwort richtet: „Wie der Herr, so das Geschick“; denn auch der Herr Direktor Kleemann scheint noch nicht Knigges „Umgang mit Menschen“ studiert zu haben. Ausdrücke wie „verfluchtes Frauenzimmer“, „verfluchte Leiche“ u. s. w. sind ihm sehr geläufig. Die Arbeiterinnen sind doch schließlich auch Menschen und haben mindestens das gleiche Ehrgefühl, wie der Herr Direktor Kleemann. Also etwas humanere Behandlung und etwas mehr Entgegenkommen, Herr Direktor Kleemann, könnte auch für Sie von Nutzen sein! Vor allen Dingen ist es notwendig, daß eine ordentliche, ausreichende Beschäftigung und eine Garderobe geschaffen wird. Desgleichen könnte die Beschäftigung 14- bis 16-jähriger Arbeiter an den Brennöfen befristet werden. Vorläufig wollen wir es genug sein lassen, obwohl nach sehr viel zu erwünschen wäre. Vielleicht nimmt die künftige Gewerbeinspektion Gelegenheit, diesen Betrieb einmal recht eingehend zu inspizieren. Wir hoffen aber auch, daß schon diese wenigen Zeilen genügen werden, bessere Verhältnisse zu schaffen. Den Arbeitern und den Arbeiterinnen möchten wir aber den dringenden Rat geben, sich unverzüglich dem Verbands anzuschließen und ihre bisher an den Tag gelegte Gleichgültigkeit abzuschütteln. Einzelne sind für den Unternehmer gegenüber machtlos, aber durch Einigkeit und festen Zusammenschluß kann Ihr eure wirtschaftliche Lage verbessern. Deshalb hinein in den Verband, damit es nicht werde!

Chemnitz, R. u. L. d. B. Am 1. August 1910 wurde durch Verschmelzung von 4 Zählstellen, die zerstreut im Papiergebiet im Erzgebirge liegen, die Errichtung einer Geschäftsstelle ermöglicht. Bei der Verschmelzung waren 811 Mitglieder vorhanden. Schon ein kleiner Spaziergang aus dem schifflichen Manufaktur zeigt nicht nur das herrliche Erzgebirge, sondern auch die Berge von Hindernissen, die der Agitation und Organisation im Papiergebiet entgegengestellt sind. Vereinzelt im ganzen Gebirge liegen die Betriebe, ebenso die Wohnungen der Arbeiter. Dazu kommt der Tag- und Nachtbetrieb in dieser Industrie, so daß man nicht große Aktionen arrangieren kann, sondern auf die Kleinarbeit angewiesen ist. Zu der langen Arbeitszeit von 12 Stunden pro Tag, dazu noch Überstunden und Sonntagsarbeit, wodurch die Aufklärungsarbeit gesenkt wird, haben wir in der Papierindustrie mit einem Unternehmertum zu tun, das, im Gegensatz zu den Schafmachern anderer Berufe, die durch Ausschreibungen den Indifferenteften das Denken lernen, mit Wohlfahrtseinrichtungen aller Art die Bedürfnislosigkeit der Papierarbeiter zu erhalten sucht.

In Chemnitz selbst ist das Hauptagitationsgebiet die Ziegelei, wo die nationalen Befürworter in jeder Ziegelei alle Sprachen lernen könnten. Diese Betriebe haben noch keinen modernen Anstrich, die Ziegel werden noch so wie vor 100 Jahren hergestellt. Das Arbeitsverhältnis der Ziegler ist das denkbar traurigste. Die 12stündige Arbeitszeit ist hier noch die Regel. Mittelalterliche Arbeitsverträge, in denen sich die Ziegler für die Dauer der Kampagne verpflichten und einen Teil des Lohnes bis zum Schluß festsetzen lassen müssen, sind viel im Gebrauch. Am Schluß der Kampagne verschwinden die Ziegler wieder in aller Herren Länder, und zumeist in Gegenden, wo vom Geist der Organisation noch keine Spuren vorhanden sind. Somit muß die Agitationsarbeit jedes Frühjahr von vorne beginnen. Trotz all der Hindernisse sind wir aber ein schönes Stück vorwärts gekommen. Das wird alle die Mitglieder freuen, die an dem Aufschwung tüchtig mitgearbeitet haben und die Gleichgültigen anspornen, ebenfalls in Zukunft für noch größere Fortschritte ihre Schuldigkeit zu tun. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1911 1035, am 1. Januar 1912 1617, so daß die Zunahme im Jahre 1911 582 und 508 seit der Errichtung der Geschäftsstelle beträgt. Ein Beweis, daß es für die Arbeiterklasse keine Unmöglichkeit gibt und die schwierigsten Hindernisse zu überwinden sind, wenn der ernsthafte Wille hierzu bei einem möglichst großen Kreis der Mitglieder vorhanden ist. Allerdings ist dies erst ein kleiner Anfang von dem, was kommen wird und kommen muß; denn wir haben noch 3000 Indifferente innerhalb des Gebietes unserer Zählstelle, wozu noch 1200 Ziegler kommen, die nur im Sommer hier sind. Diese Arme, die der Organisation zugeführt werden muß, können wir aber bedeutend vermindern, wenn wir die gegenwärtige günstige Situation nach Kräften ausnutzen.

Das Kapitel Lohnbewegungen kann auf Grund der Verhältnisse nicht so umfangreich und zahlreich sein, wie es im Interesse der Mitglieder zu wünschen wäre, aber auch hier ist ein Anfang zu verzeichnen. In zehn Ziegeleien mit 307 Beschäftigten, wovon 278 organisiert waren, führten wir Angriffsbewegungen, die sämtlich zu untern Gunsten entschieden wurden. Im Durchschnitt erreichten wir eine Lohnenerhöhung von 2,23 Mk. pro Person und Woche und 684,90 Mk. pro Woche. Die Arbeitszeit konnte nur in 4 Ziegeleien für 126 Beschäftigte um 211 Stunden die Woche oder 1 1/2 Stunden pro Tag und Person heruntergesetzt werden. Eine durchgreifendere Arbeitszeitverkürzung scheiterte an der Unkenntnis der Ziegler selbst, die vielfach der Meinung sind, daß die lange Arbeitszeit den Lohn bringt, weil es Saisonarbeit ist, während die Verhältnisse in anderen Orten das Gegenteil beweisen. Hier ist noch ein gewaltiges Stück Aufklärungsarbeit zu leisten. In allen zehn Fällen mußte zur Arbeitseinstellung gegriffen werden, wovon die längste aber nur 2 Tage dauerte. In all den andern Ziegeleien sind aber die Befürworter von selbst mit Lohnenerhöhungen vorgegangen, weil unsere Bewegungen angedeutet wirkten, so daß circa 800 Ziegler höhere Löhne gegen das Vorjahr erhielten. Eine Eingabe an die städtische Wohnungskommission betr. die Kontrolle der Wohn- und Schlafräume hatte ebenfalls ein gutes Ergebnis. Den Befürwortern wurden verschiedene Anfragen zugunsten der Ziegler gemacht, und vom Bezirksrat wurde die weitgehendste Unterstützung zur menschenwürdigen Gestaltung der Räume zugesagt, so daß im Frühjahr die Ziegler bessere Verhältnisse antreffen werden. Nebenbei sei noch bemerkt, daß in der städtischen Wohnungskommission auch zwei Ziegeleibefürworter, denen auch ein sauberer Spiegel ihrer Ziegeleien vorgehalten wurde und die einer gründlichen Remede die Zustimmung geben mußten. — In der Zementwarenfabrik von Dörmichen, Hauptgeschäft Dresden, reichten wir gemeinsam mit Dresden Forderungen ein auf Erhöhung der Löhne um 3 Pf. pro Stunde. Nach 3 Wochen mußte der Streik ergebnislos abgebrochen werden, trotzdem wir zu 100 Prozent organisiert waren und kein Kollege wankelmütig wurde. Der Betriebsleiter Lehner setzte alle Hebel in Bewegung, um Arbeitswillige zu erhalten, die er mit 50 Pf. pro Stunde entlohnte, während wir 48 Pf. forderten. Es gelang dem Unternehmer, Zugang aus allen Berufen zu bekommen, besonders der Berufsständler, die nach der Aussperrung in der Metallindustrie wieder überflüssig waren. Der Lohn hierfür ist auch nicht ausgediehen, denn Herr Lehner ist zwei Monate nach dem Streik — hinausgeschmissen worden, während von unsern Kollegen der größte Teil wieder eingestellt wurde und auch mehr Lohn bezahlt wird. Beteiligt waren 36 Kollegen. — In der Wundpapierfabrik von Billig in Plauen mußten wir wegen fortgesetzter Maßregelungen eine Abwehralition einleiten und die Arbeit niederlegen. Nach vierstündigem Streik, wovon einen Tag die Firma bezahlte, wurde die Arbeit wieder aufgenommen, sämtliche Streikende an ihre Plätze gestellt und die Maßregelungen zurückgenommen. Im Streik standen 36 Kollegen, während 9 Indifferente festblieben. — In der Papierfabrik von Gebrüder Häbler in Podan unternehmen die Kollegen einen Vorstoß und erreichten 2 Pf. Zulage die Stunde und 30 Prozent für Sonntagsarbeit. Im Betrag kommen 35 Kollegen. — Im Schmirgelwerk von Dr. Schönher in Hirsch erreichten wir ebenfalls 2 Pf. Zulage pro Stunde, der noch eine fünfprozentige Levertungszulage folgte. Hier kommen 42 Kollegen in Betracht. — Bei der Aussperrung in der Metallindustrie waren wir mit 69 Kollegen beteiligt. Die Aussperrung endete mit einer Lohnenerhöhung von 3-5 Pf. pro Stunde, wozu noch eine Arbeitszeitverkürzung von 2 1/2 Stunden pro Woche und Person kommt. Außerdem wurden eine Reihe sonstiger Differenzen in der Gegend abgemacht der Mitglieder erledigt. Speziell die Arbeitergesetzgebung müssen den weissen Unternehmern erst durch Gerichtsurteile zur Kenntnis gebracht werden.

Für den Anfang können wir mit dem ersten Abschluß zufrieden sein. Wenn irgendwo durchgreifende Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse notwendig sind, so in erster Linie in unserer Zählstelle. Dies ist nur durchführbar, wenn eine machtbare Organisation vorhanden ist und nicht eine indifferente Masse hinter uns im Wege steht. Rache für jedes Mitglied jedes Zählstelle, in Zukunft der Organisation festzuhalten!

neue Mitglieder zuzuführen, dann werden wir dieses Jahr einen bedeutend besseren Abschluß erzielen.

Deinhardt. Die bisher in jedem Jahre konstante Gesamtentwicklung unserer Zählstelle hat auch in diesem Jahre angehalten. Die Zahl der Mitglieder betrug im Anfang des Jahres 1911 und am Jahresabschluss 1011, also ein Mehr von 65 Mitgliedern. Die Gesamtzahl ist noch immer eine sehr große. Es stehen 338 Eintritte 170 Austritte, meistens jüngere Kollegen, gegenüber. Acht Mitglieder sind gestorben. Die Zahl der Arbeitslosen war höher als im Vorjahr, und zwar waren 250 Mitglieder von der Arbeitslosigkeit betroffen, welche im Durchschnitt für jeden 9 1/2 Tage betrug. — In den zuständigen Betrieben fanden drei Lohnbewegungen statt, und zwar auf dem städtischen Gaswerk, der Margarinefabrik und den Hartsteinwerken in Gruppenbühren. Es wurde für die Beteiligten sehr viel erreicht. An Lohnenerhöhungen konnten für sämtliche beteiligten Kollegen und Kolleginnen pro Jahr 8412 Mk. heraus an Arbeitszeitverlängerung ca. 6942 Stunden. Außerdem waren noch eine große Anzahl Differenzen in andern Betrieben zu regeln.

Wie in den Vorjahren, so ist auch in diesem die Agitation eine recht rege gewesen. Es fanden statt 81 Ganztagesagitationen (inkl. derjenigen nach Albenburg und andern Orten), 159 Versammlungen und 228 Sitzungen. In Flugblättern wurden hierzu 3250 Stck. verbreitet. In Marken der verschiedensten Sorten wurden im Berichtsjahre insgesamt 50804 abgelegt gegen 49 191 im Vorjahr, also ein Mehr von 1613 Stck. Die Einnahme der Hauptkasse betrug 24 555,55 Mk., davon wurden 10 571,45 Mk. abgehandelt. Die Gesamteinnahme und -ausgabe der Lokalkasse schließt mit 11 895,02 Mk. ab. Hier hat sich der Kassenbestand von 2432,56 Mk. im Anfang auf 4077,08 Mk. am Schluß des Jahres gehoben, mithin ein Mehr von 1644,52 Mk. An Unterstützung wurden aus der Haupt- und Lokalkasse den Mitgl. ... 10 960,70 Mk. angewendet.

Unter den Gegnern der Organisation ragt besonders die Leitung der Wagengabrit und Karosserie Tonies hervor. Hier hatten sich während des letzten Streiks eine Anzahl Gelbe eingenistet. Diese Unternehmerrücklinge überließen sich unter Mißgunst von Vorarbeitern und Meistern im Fehler gegen andere Gesante. Wer sich weigert, dieser gelben Sippschaft beizutreten, wer von seinem Koalitionsrecht Gebrauch macht, wird kurzweg entlassen. Erst in letzter Zeit wurden circa 50 Arbeiter, darunter auch einige untrer Mitglieder, auf's Malher geworfen, weil sie das Ansehen, aus der Organisation auszutreten und Mitglieder des sogenannten nationalen Unterstützungsvereins zu werden, mit Entrüstung zurückgewiesen hatten. Groß ist das Geschrei aller Arbeiterfreunde über den (nur in der Phantasie der Schafmacher existierenden) gelben Terror der freien Gewerkschaften. Hier haben wir aber ein sprechendes Beispiel dafür, wie die Unternehmer das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht der Arbeiter mißachten. Bei den kommenden Anhebungen, welche die Reichsregierung einzubringen beabsichtigt, mag auch dies mit als Material dienen. Jedenfalls wird die hiesige Arbeiterkraft auch mit diesem Unternehmern noch fertig werden.

Schömann. Die Firma Schömann u. Potzdorf, mit der wir uns vor einiger Zeit beschäftigt, gibt schon wieder Anlaß zur Kritik. Wir berichteten feinerzeit über die traurigen Löhne, die dort gezahlt wurden. Den Fabrikherren scheinen die Löhne jedoch noch zu hoch zu sein. Nachdem vor einigen Tagen die Löhne in der Schleiferei gekürzt wurden, wurden am 27. Januar, ausgerechnet auf Kainers Geburtstag, in der Poliererei die Altsoldaten einiger Nummern (Räume usw.) reduziert. Wie hoch die Abzüge sind, dafür einige Beispiele: Seitenlämme früher 2 Pf. pro Dugend, jetzt 1 1/2 Pf., Gürtelstichlöcher früher 3/4 Pf. pro Dugend, jetzt 2 Pf. Die Arbeiterinnen verdienen bei gleicher Arbeitsleistung gegen früher 8 bis 10 Mk. jetzt 6 bis 8 Mk. Am 1. Januar hat die Firma den früheren Werkmeister wieder eingestellt. Bei seiner Einführung hielt er eine Ansprache, in der er besonders hervorhob: „Wena die Arbeiter mit ihm Hand in Hand arbeiten würden, dann — so jagte er wütend — würde sich die Firma Schömann nicht nur verarsappen, nein verdreschen. Natürlich auf Kosten der Arbeiter!“ Kaum war er drei Wochen im Amt, als auch schon die Altsoldaten reduziert wurden, so daß die ohnehin schon schlecht gestellten Arbeiter bei der herfürgehenden Leuerung jetzt noch trauriger daran sind. Die erwachsenen Arbeiter verdienen 2 bis 3 Mk. pro Tag, die Arbeiterinnen 5 bis 10 Mk. pro Woche bei täglich 10 Stunden Arbeitszeit. Der 13jährige Feiler erhält 9 Mk. — Tage und Nächte 2 Mk. — vor o. w. o. h. bei täglich 12 Stunden Arbeitszeit. Genug ein Lohn; auf den die Arbeiter stolz sein können. Leider gibt es hier immer noch einige Leute, die den Wert der Organisation noch nicht erkannt haben und durch kriechendes Verhalten das zu erreichen suchen, was sich die übrigen im ehrlichen Kampf erringen wollen. Hoffentlich sehen auch diese bald ein, daß nur durch eine starke Organisation Wandel geschaffen werden kann. Darum, ihr Arbeiter, hinein in den Verband!

Gewerkschaftliche Rundschau.

— Zum Kampf im deutschen Steinbrudergewerbe. Zur Bellegung der Streiks und Aussperrungen der Lithographen und Steinbruder in 50 deutschen Städten, in denen seit Ende September und 4500 Gehilfen im Kampfe stehen, fanden an den Tagen vom 23. bis 27. Januar wiederum Verhandlungen statt. Diese fünfzigjährigen Verhandlungen im Berliner Papierhaufe zwischen Vertretern der Gehilfenorganisation der Lithographen, Steinbruder und verwandter Berufe und dem Unternehmerrückverband deutscher Steinbrudereibesitzer brachten endlich eine Einigung. Es wurden „Vereinbarungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen im deutschen Steinbrudergewerbe“ festgelegt, auf die wir nach juridisch kommen.

Der „Korrespondent“ für Deutschlands Buchbruder und Schriftsetzer.
Das älteste deutsche Gewerkschaftsorgan, hat mit dem 1. Januar seinen 50. Jahrgang begonnen. Zugleich begeht der „Korrespondent“ ein Jubiläum insofern, als am 3. Januar 40 Jahre verfloßen waren, seitdem das Blatt in die eigene Regie des Buchbruderverbandes übernommen wurde. Vorher war er Eigentum des Leipziger Fortbildungvereins gewesen; er galt aber schon seit der Gründung des Verbandes im Jahre 1866 als dessen Organ.

Die Gewerkschaft, das Organ des Gemeinbedarberverbandes, erschien mit der Nr. 1 d. J. zum ersten Male in einer Auflage von 50 000 Exemplaren. Im März 1906 betrug die Auflage 25 000 und nunmehr sind die 50 000 erreicht. — Auch das Verbandsorgan der Schneider, die „Fackelzeitung“ für Schneider und Maßschneider, hat das halbe Hunderttausend Auflage überschritten; fast noch am rechten Zeit, um den Eintritt in den 25. Jahrgang in würdiger Weise zu begehen. Im Jahre 1900 betrug die Auflageziffer 12 000, sie hat sich seitdem mit einer Ausnahme (1909) ununterbrochen gesteigert. Das Jahr 1911 brachte eine Steigerung von 5100 Exemplaren; nur die Jahre 1905/06 brachten eine größere jährliche Steigerung, nämlich 6800 auf 6700.

Der Verband der Bauarbeiter
hat einen schweren Verlust zu beklagen. Das Bestehen des Vorsitzenden Bömelburg, der schon längere Zeit krank ist, wird durch ein Entschieden des Professors Bindwanger als hoffnungslos bezeichnet. In diesem Entschieden wird gesagt, daß Bömelburg an einer schweren organischen Erkrankung des Gehirns und des Rückenmarks leide, die bereits zu dauernden schweren geistigen Störungen geführt habe. Selbst wenn in dem Leiden ein längerer Stillstand eintreten sollte, so werde ein dauernder geistiger Defekt bestehen bleiben, welcher Bömelburg unfähig mache, seine frühere Tätigkeit jemals wieder anzunehmen. Der behauerte Extrakur wurde von Jena, wo er seit Oktober in der Herdenklinik untergebracht war, nun nach Hamburg in eines der dortigen Kränkelhäuser überführt. Mit Bömelburg verliert nicht allein der Bauarbeiterverband seinen berühmten Vorsitzenden, sondern die gesamte gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung einen ihrer besten Vorkämpfer.

— Ein Wendepunkt in der Tarifpolitik im Steinbrudergewerbe. Die Frage des Reichstags im Steinbrudergewerbe hat schon vor Jahren zur Diskussion gestanden. Es schien, als solle das Steinbrudergewerbe eines der ersten sein, das für den Reichstags reif würde. Es haben dann Umwälzungen innerhalb der Unternehmervorgänger stattgefunden, wodurch die Frage mehr in den Hintergrund gedrängt wurde. Grundsätzlich aber erklärte auch die neue Unternehmervereinbarung — der Reichsverband für

das Steinlegergewerbe — schon im Jahre 1909, daß auch er auf dem Boden der Reichstaxi...

Am 9. Februar findet nun in München die Jahresversammlung des Unternehmerverbandes statt, der sich inzwischen in beachtlicher Weise entwickelt hat...

Eine Wendung in der Tarifpolitik im Steinlegergewerbe ist also gar nicht auszusagen. Die leitenden Instanzen des Steinlegerverbandes haben sich deshalb veranlaßt gesehen...

Die Steinlegemeister und Straßenbauunternehmer stehen somit am Scheidewege. Wollen sie eine ruhige Entwicklung der gewerblichen Verhältnisse auf der Grundlage wirtschaftlichen Fortschritts...

Rundschau.

Kapitalistische Ausbeutung der Kinder.

Die kürzlich erschienenen Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbereamen für das Jahr 1910 erwähnen auch die Ergebnisse von Revisionen hausindustrieller Betriebe...

Zu den Oberämtern Rürtingen und Urach werden Kinder mit dem Spinnwebstuhl und Reuscheln von Kinderjahren beschäftigt. Für das Abwickeln und Zusammennähen von einem Duzend Fäden gibt es 10 bis 12 Pf. für das Umwickeln...

Der Bericht für Württemberg hebt schließlich noch hervor, daß die Beschäftigung für Kinderarbeit seit den ersten Erhebungen vor sieben Jahren trotz der mannigfachen erfolgten Verkürzungen des Lebensunterhalts keine wesentliche Besserung erfahren haben...

Ungelehrte Arbeiter und körperliche Überbeanspruchung. Nach einem Berichte der „Sozialen Praxis“ hat ein dänischer Arzt die Ertragsbeschäftigung gelehrter und ungelerner Arbeiter an der Hand des Materials einer Arbeiterkassenkarte untersucht...

Arbeit macht das Leben süß. Über die „Süßigkeit der Arbeit“ brachte das dem „Schweizerischen Volkswort“, einem Schweizerorgan, beigelegte „Sonderblatt“ eine Abhandlung, in welcher es u. a. heißt:

„Ein weiches Haar, ein weiches Bein, keine Stelle im ganzen Hause, nichts kann den Schlaf angestrengt und süß machen, denn aber in der Arbeit nicht süß, wenn wir gearbeitet haben, müde und matt sind, wenn wir müde und mit dem Haupte schiefen...“

Den Gewerkschaften und Parteimitgliedern zur Kenntnis, daß ein Flugblatt zur Agitation in der Papierindustrie in neuer Auflage erschienen ist. Unsere leitenden Kollegen in deren Tätigkeitsgebiet Papierindustrie vorhanden ist, wollen ihre Beauftragten unter Angabe der gewünschten Anzahl einreichen.

Wenn sie gleich auf weichen Lagern liegen, so kommt doch die ganze Nacht kein Schlaf in ihre Augen und sie mögen vornehmen was sie wollen...

„Aber ein Arbeiter hat müde Glieder, wenn er von der Arbeit kommt, und fängt schon an, ehe er sich niederlegt, das Vergnügen eines süßen, tiefen Schlafes, der Vergeltung all seiner Arbeit, zu genießen.“

Es gibt nichts Schöneres auf der Welt, als schlafen und dann vom Arbeitsplatz hinweg mit hungrigem Magen gleich ins Bett. Es nichts anderes denken, als an Arbeit und Schlaf — das ist die höchste Seligkeit auf Erden!

Für die Arbeitszeitverkürzung sprach sich der schweizerische Pfarrrer Dr. Furrer wie folgt aus: Wenn die arbeitende Bevölkerung um Verkürzung der Arbeitszeit sich bemüht, tut sie das nur, weil sie weniger arbeiten will? Oder liegt nicht der bedeutendere Gedanke zugrunde: Die Maschinen werden immer leistungsfähiger, der menschliche Arbeitskräfte werden immer mehr...

Die Scharfmacher in Hamburger Senat. Die nationalliberalen Scharfmacher kosten nicht. Sie wollen Ausnahmegesetze um jeden Preis und sie scheuen kein Mittel, um ihren Zweck zu fördern.

Die Vintliberalen wollten der bürgerlichen Nachwelt einen Scham-lappen umhängen und beantragten: Die Bürgererschaft wolle den Senat ersuchen, im Bundesrat die in Aussicht gestellten Anträge der königlich sächsischen Regierung tunlichst zu unterstützen...

Zwei Jahre Zuchthaus gegen einen Kerkerweilken. Vor dem Schwurgericht zu Offen wurde dieser Tage die Tragödie eines Arbeiterlebens zu Ende geführt. Im Oktober v. J. hatte der Arbeiter Alfred Albin auf dem Vertrauenssamt der Malerinnungs-Krankenkasse Dr. Schneider einen Revolver beschaffen...

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung.

Die Berichte über im Jahre 1911 beendete Lohnbewegungen sowie die Abschlüsse von abgeschlossenen Tarifverträgen sind, soweit das noch nicht geschehen, sofort an den Vorstand einzusenden. Die sofortige Einreichung ist nötig, wenn die Statistik über die Lohnbewegungen und Preis des Jahres 1911 rechtzeitig erscheinen soll.

Statistik. — Graue Karten.

Für Monat Januar sind die grauen Karten bis zum 4. Februar einzusenden. Dieser Termin muß eingehalten werden, weil das auf Grund der Karten festgestellte Gesamtergebnis für das Reich zum 9. des betreffenden Monats bereits an das Statistische Amt abgehen muß.

Zur Beachtung für die Bevollmächtigten.

Die Auszahlung aller Unterstützungen, besonders der Erwerbslosenunterstützungen, werden dringend gebeten, die Belege so deutlich als möglich zu schreiben, vor allem die Zahlen und Buchstaben genau zu beachten. Auf allen Belegen ist die neue, zur Zeit der Unterstützung gültige Mitgliedsnummer deutlich und richtig einzutragen.

Den Gewerkschaften und Parteimitgliedern zur Kenntnis, daß ein Flugblatt zur Agitation in der Papierindustrie in neuer Auflage erschienen ist. Unsere leitenden Kollegen in deren Tätigkeitsgebiet Papierindustrie vorhanden ist, wollen ihre Beauftragten unter Angabe der gewünschten Anzahl einreichen.

Am 23. Januar am Morgen bei der Hauptkassier... Beiträge ein:

- Camburg 2887.74, Hagen a. W. 5608.01, Berlin 4000, Heilbronn a. W. 2057.40, Bernsbach 2504.44, Gießen 2037.87, Stuttgart 1002.91, Weidenau 704.05, Regensburg 249.50, Orlitzheim 264.23, Reichenau 257.51, Weymar 48.38, Wolgast 168.09, Camburg II 432.62, Althaldensleben 300, Orlitzheim I a. W. 281.63, Egel 189.02, Lauerbach I. W. 189.70, Dissen 64, Neu-Debernitz 63.52, Eidershausen 62.69, Rorbach 51.48, Weimheim 40.39, Greiffenberg i. Schl. 36.50, Herford 28.08, Wendorf 11.80, Wolfenstein 11.10, Birges 9.59, Ubbede 7.96, Ronlitz 1.42, Gmund 504.24, Ragerdorf 398.42, Bismar 332.71, Grob I. B. 326.43, Weisa 300, Köbis 184.48, Jastrup 96.68, Neumarkt i. S. 87.90, Zitterbach 80.85, Oelrich 41.82, Rahl a. W. 38.09, Saargemünd 37.89, Biffelbode 35.83, Rahnburg 34.50, Pries 9, Leer 50, Karlsruhe 588.43, Rheinleiten i. S. 69.62, Sraßburg i. Elb. 8.40, Muslau 400, Zimenau i. Th. 128.82, Stadthagen 124.88, Hahnd 115, Weterlingen 100, Neuhagen 95.29, Frauenschweig 55, Ronlitz 3, Weltershausen 600, Arnstadt 400, Sommerfeld (R. L.) 373.03, Weidenau i. S. 230, Och 47.90, Lorch 36.41, Wetzlar 15.40, Vah 15.00, Freiberg i. S. 87.03, Götting 536.56, Walrode 40.68, Frankfurt a. W. 5513.95, Frankenthal 450, Gilsburg 302.21, Stuttgart 10, Witten i. Westf. 2, Wörmberg 29.60, Wörm 8, Wachsenburg 696.76, Nordhausen 324.35, Berlin 182.01, Dönnigen 115.83, Sietzen 83.21.

Schlus: Montag, 29. Januar, mittags 12 Uhr. Fr. Bruns, Kassierer.

Die Abrechnung für das 4. Quartal 1911 haben eingekandt:

- Egel, Lauerbach, Greiffenberg i. Schl., Rastenburg, Birges, Neumarkt i. Schl., Oelrich, Wollstein, Rughaven, Wendorf, Regina a. d. S., Althaldensleben, Löffelberg, Rorbach, Eidershausen, Mühlentel, Altwasser, Zitterbach, Ronlitz, Eidersheim, Heilbronn, Witten, Wismar, Wörm a. L., Lepenitz, Hahnau i. Schl., Schönlanke, Wolgast, Neubarn, Althaldensleben, Oelrich, Neuenhagen, Rathenow, Saargemünd, Reichenau, Pöschel, Weltershausen, Stopp i. Romm, Neuhagen, L. a. S. 2, Ragerdorf, Roldis, Wänterode, Wiesbad, Jastrup, Muslau, Eutin, Karlsruhe, Goldberg i. Schl., Zimenau i. Th., Weiningen, Hoheneckel, Schwaan, Nordhausen, Stadthagen, Neu-Debernitz, Pflau, Rorbach, Wetzlar, Herbst, Walrode, Pöschel, Freiberg i. S., Burgdorf, Hagen, Veer i. O., Wachsenburg, Pries, Wörmberg i. S.

Für die angeschafften Tabakarbeiter in Wippe und Westfalen eingekandt:

- Rürnberg 80.92, Rorbach 7.15, Ragerdorf 35.70, Osterholz-Scharmbeck 1, Gilsburg 90.50, Krosberg 8.90, Walrode 21.15, Wachsenburg 44.35, Lauf 7.80.

Fr. Bruns, Kassierer.

Zusammung zur Erhebung von Lokalbeiträgen erhielt die Zahlstelle

Worms: 10 Pf. pro Woche und Mitglied.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

Table with 5 columns: Buch-Nr., Name des Mitgliedes, Geburtsdatum, Eintrittsdatum, Eingetreten in. Rows include August Eiden, Ernst Eichen, Friedrich Falkner, Hans Ficht, Albert Kiermann, Chr. Ditt, Hermann Rote, Adolf Wendland, Alfred Jung, Franz Jung, Emil Reichner, Wilhelmine Röhler, Christoph Säß.

Ausgeschlossen wurden die Mitglieder der Zahlstellen

Schönebeck a. d. Elbe: Artur Wolter, Buch-Nr. 452 036. Duisburg: Emil Berlin, Karten-Nr. 206 324.

Verstorbene haben sich die Zahlstellen Rudolstadt und Saalfeld und führen jetzt den Namen Schwarz a. Thür.

Neue Adressen und Adressen-Veränderungen.

- Borsby. Untersützungen bei W. Sühren, Jungfernstieg 51. Heideberg: Chieschalle. Heilbronn. 1. Bevollmächtigter: Joseph Krauß, Kappelstr. 17. 4. U. Geschäftsführer: H. Wollbold. Bureau: Kappelstr. 17. 4. U. Besetzung im Gewerkschaftshaus zur Noie. Gersfeld i. d. Mark. Reinhold Weidemann, Raderdorfer Straße 20. Albert Riele, Straußdorfer Straße. Werane in Sachsen. Wilhelm Zemann, Hermannstraße 29. Carl Dehler, Böhmischestraße 49. Rößendorf. Untersützungen bei Martin Brendel, Erdbeerstraße 20, von 12-1 und von 7-8 Uhr. Rößendorf. Wilhelm Reinhardt, Nr. 27. Rendsam. Karl Pieper, Wilhelmstr. 1. Otto Hennig, Adern. 4. Pafewall. August Neumann, Feldstraße 6. Karl Freganau, Gartenstraße 41. Weisen. Ferdinand Wolf, Waisenstraße 1. Schwarz a. Thür. Gau 8. Karl Liebchen, Schwarz a. Thür, Ragerweimerstraße 9. Franz Greiner, Volkstedt bei Rudolstadt, Nr. 45 c.

Briefkasten.

Kartenberg i. S. Mehrere Mitglieder. Das Schreiben habe ich erhalten. Es wird von uns dafür gesorgt werden, daß die Beiträge dort regelmäßig erhoben werden. Eine Beschwerde bei der Zahlstellenleitung hätte doch wohl auch genügt, um eine Regelung herbeizuführen. Besten Gruß! S. S. d.

Inserate.

Für das Katalisationsgebiet Sonneberg-Roburg wird am baldmöglichsten Antritt ein Lokalbeamter gesucht. Bewerber haben eine Schilderung ihres Lebenslaufes sowie ihrer leitenden Tätigkeiten nebst Angaben über Jahr und Tag der Geburt und Eintritt in den Verband schriftlich einzureichen. Außerdem ist eine selbständige schriftliche Arbeit über folgende Fragen: 1. Das Verleihen der Agitation unter unserer Kollegen. 2. Der organisierte Ausbau einer Zahlstelle. 3. Der gezielte Kampf gegen die Konkurrenz und die Abwehr von einwirkenden Agitatoren. Bewerber müssen zur Abhaltung von Vorträgen befähigt sein und möglichst Kenntnisse der sozialpolitischen Gesetzgebung besitzen. Die Aufnahmeverfahren mit der Übermittlung der Bewerbungsbedingungen richten sich nach den Verbandsvorschriften. Die Aufnahmeverfahren sind bis zum 1. Februar zu richten an Paul Schneider, Ernst, Rastendorfer 13, 9.50.41

Chemische Industrie

Die chemische Industrie in Hessen.

In Hessen hat die Zahl der chemischen Fabriken um zwei, die Zahl der in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter um 204 zugenommen. Die Zunahme wäre stärker, wenn nicht, infolge der Bünholzsteuer, die Bänholzfabriken ihren Arbeiterstand erheblich vermindert, teilweise ihren Betrieb ganz eingestellt hätten. Im Gesamtergebnis zeigt sich der Rückgang der Bünholzindustrie besonders in der Lauffache, das zwar die Zahl der in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiterkräfte um rund 200 gestiegen, die Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen aber um 110 und die Zahl der beschäftigten jugendlichen Arbeiter um 34 gesunken ist. Da die Bünholzindustrie vornehmlich weibliche und jugendliche Arbeiterkräfte beschäftigt, kommt dieser Rückgang fast ausschließlich auf ihr Konto. — Ueber die Zahl der Betriebe und der beschäftigten Arbeiterkräfte unterrichtet folgende Tabelle:

Jahr	Betriebe	Arbeiter	Arbeiterinnen	Jugendliche	Arbeiter überhaupt
1909	83	4014	837	380	5241
1910	85	4432	727	286	5445
Wahrscheinlich	+ 2	+ 418	- 110	- 94	+ 204

Die Mehrzahl der Betriebe und fast die Gesamtheit der beschäftigten Arbeiter wurden im Jahre 1910 von Revisionen der Gewerbeaufsicht erfaßt, wie folgende Zahlen ausweisen:

Jahr	Revisionen	in Betrieben	mit Arbeitern
1909	124	59	4887
1910	115	58	5238

Bei den Revisionen wurden Zuwiderhandlungen gegen den Schutz der Arbeiterinnen und jugendlichen Personen mehrfach festgestellt. In 4 Betrieben wurden 4 Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen, und zwar dreimal Nicht-Ausübung der Vorschriften und einmal ungesetzliche Dauer der Beschäftigung der Arbeiterinnen ermittelt. Zuwiderhandlungen gegen den Schutz jugendlicher Arbeiter wurden in 2 Fällen ermittelt. Die Bewilligung von Ueberarbeit für Arbeiterinnen hat im Jahre 1910 nachgelassen. Im Jahre 1909 wurden in 9 Betrieben für 400 Arbeiterinnen 9157 Ueberstunden bewilligt, 1910 nur noch in sechs Betrieben für 218 Arbeiterinnen 4854 Ueberstunden. Von den im Jahre 1910 bewilligten Ueberstunden entfielen auf Ueberarbeit an Sonnabenden und Vorabenden vor Festtagen allein 3818 Stunden. Es steht zu hoffen, daß die Gewerbeinspektion in Zukunft Ueberarbeit an Sonnabenden und an Vorabenden von Feiertagen überhaupt nicht mehr zuläßt, damit allen Arbeiterinnen der gesetzliche Schutz uneingeschränkt zugute kommt. Von den auf Bewilligung von Ueberstunden gestellten Anträgen wurde nicht ein einziger zurückgewiesen.

Der Bewilligungseifer für Sonntagsarbeit an erwachsene Arbeiter hat in der chemischen Industrie im Berichtsjahre zugenommen, wie folgende Tabelle zeigt:

Jahr	Betriebe mit bewilligter Sonntagsarbeit	darin beschäftigte Arbeiter überhaupt	mit Sonntagsarbeit beschäftigte Arbeiter	Zahl der Sonntage	Zahl der Ueberstunden
1909	4	74	64	37	4880
1910	5	2068	896	37	5159

Von den auf Bewilligung von Sonntagsarbeit gestellten Anträgen wurde im Berichtsjahre einer zurückgewiesen.

Ueber die in chemischen Fabriken vorgekommenen Unfälle, die besonders durch die Einwirkung von Chemikalien verursacht worden sind, berichtet der Beamte von Darmstadt. Wir entnehmen dem Bericht wörtlich folgendes:

Nachstehende Erkrankungen, die mit der Betriebsart in Verbindung stehen, sind als Unfälle gemeldet worden: Drei Fälle von Schwindel, Kopfschmerz und sonstigen Vergiftungsercheinungen durch Einwirkung von Schwefelwasserstoff, Ammoniak und dem Staub eines Alkaloids; acht Fälle von Erkrankungen der Atmungsorgane und der Schleimhäute bei der Beschäftigung mit Chlor-, Arsenik-, Schwefelsäure-, Zolulphosgen-Dämpfen und Staub von chromsaurem Eisenoxyd;

acht Fälle von Eklzemen durch die Einwirkung von Kaliumhydroxyd, Ameisensäure, Eisen, Phenylhydroxylamin, Mutterkornextrakt, salzsaurem Morphin, einer Anilinfarbe und einer Droge.

Unglückszwanzig Fälle von Verätzung und Entzündung des Auges durch anorganische und organische Säuren, durch Alkalien und Phosphor, durch Bromdämpfe und Chlorjod, durch Silber- und Bismutnitrat, durch Karbolinum, durch Alkaloid und Drogenstaub;

dreizehn Fälle von Verätzung der Haut durch anorganische Säuren, durch Alkalien, Soda, arsenicaures Natrium, Kaliumpermanganat, Phosphor, Brom, Pyrogallussäure und ein Alkaloid.

Das ist schon eine ganz stattliche Anzahl von Erkrankungen und Unfällen, die sämtlich auf die speziellen, von den Unternehmern immer abgelehnten Gefahren der chemischen Industrie zurückzuführen sind. Anerkennenswert ist, daß die hessischen Beamten sich mit mehr Energie als die übrigen bemüht haben, in ihren Berichten das festzuhalten, was ihnen über die chemische Industrie zur Kenntnis kam. Wirklich eingehenden Aufschluß werden wir jedoch erst erhalten, wenn die Anmeldung gewerblicher Vergiftungen, die durch die Annahme der Resolution der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ihrer Verwirklichung näher gebracht ist, gesetzliche Pflicht wird.

Ueber Gewerkerkrankheiten chemischer Arbeiter enthält der Bericht einige interessante Details. So berichtet der Offenbacher Beamte, daß in seinem Bezirk von den beiden Anilinfabriken keine Anilingerkündigungen gemeldet worden sind.

Damit ist selbstverständlich nicht gesagt, daß auch keine vorgekommen sind. Wir sehen in die Betriebskrankenkassen und ihre Diagnose sehr sehr wenig Vertrauen. Daß wir dazu allen Grund haben, dafür liefert der Bericht der hessischen Gewerbeinspektion einen neuen Beleg.

Es befinden sich nämlich in Offenbach zwei Bleiweißfabriken, die nach verschiedenen Verfahren arbeiten. In beiden Betrieben wurden am 1. Oktober 1910 insgesamt 28 (12 + 16) erwachsene Arbeiter, im Vorjahre 27 beschäftigt. Im Laufe des Jahres waren nach und nach 52 + 257 = 309 verschiedene Arbeiter in diesen Fabriken tätig. Der Arbeiterbesatz ist somit verhältnismäßig stark. (Er beträgt pro hundert Arbeiter 1004. D. V.) In beiden Betrieben werden die Arbeiter monatlich zweimal vom Fabrikarzt auf Meierkrankungen untersucht. Nach dem Krankenbuch der einen Fabrik hat der Arzt keine bleiernen Arbeiter angetroffen, während das Krankenbuch der anderen Firma 32 Meierkrankungen von 28 verschiedenen Arbeitern aufweist. Die Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Offenbach meldete der Gewerbeinspektion auf Anfrage jedoch von beiden Fabriken insgesamt 99 Erkrankungen mit insgesamt 2173 Krankheitsstagen, von welchen 53 als Meierkrankungen erkannt oder auf Bleiintoxikation hindeuten mit 1286 Krankheitsstagen, wodurch 47 Arbeiter betroffen wurden.

Rechnen wir die Angaben der Ortskrankenkasse, unter der Voraussetzung, daß der durchschnittliche Arbeiterbestand beider Betriebe, also 28 Arbeiter pro Jahr, als Vollarbeiterzahl gilt, in Verhältniszahlen, um, so erhalten wir folgende Resultate:

Es erkrankten alle Erkrankungen überhaupt auf 100 Arbeiter:			Davon auf Meierkrankungen auf 100 Arbeiter:		
Fälle	Tage	pro Fall	Fälle	Tage	pro Fall
354	7761	22	189	4593	24

Das sind geradezu erschreckend hohe Ziffern. Die Ergebnisse der Betriebskrankenkassen der Bleiweißfabriken Deutschlands lauten wesentlich günstiger. Allerdings wird uns dieser Umstand verständlich, wenn wir im Auge behalten, daß die Betriebskrankenkassenstatistiken von abhängigen Ärzten aufgestellt werden.

Während ist eine Lauffache, die der Bericht über die größere Bleiweißfabrik mitteilt. Es handelt sich um einen Betrieb, der nach dem neuen Herstellungsverfahren (ohne Drybierkammern) Bleiweiß auf dem feuchten Lösungswege herstellt. Dabei entwickelte sich bei der Produktion kein Bleiweißstaub, weil das noch feuchte Bleiweiß direkt mit Öl angerieben wurde. Das Verfahren war also hygienisch einwandfrei. Der Bericht vermerkt: „Die Konkurrenz und die Abnehmer haben die Fabrik dazu gezwungen, von ihrer ursprünglichen Methode abzugehen. Die Verarbeitung und der Transport des trockenen Bleiweißes geben zu erheblichen Unreinlichkeiten und dadurch wieder zu den vielen Meierkrankungen Veranlassung.“ Dieser Umstand scheint für diese Fabrik, soweit Meierkrankungen in Betracht kommen, besonders gefährlich zu sein, denn der Beamte erwähnt in seinem Bericht, daß auf die kleine Fabrik mit durchschnittlich 12 Arbeitern 11 Meierkrankungen entfielen, während die größere auf 16 Arbeiter 42 Meierkrankungen aufweist.

So hat die Konkurrenz der Fabrikanten und die Rücksichtslosigkeit der Abnehmer dafür gesorgt, daß der Unternehmer ein hygienisch einwandfreies Herstellungsverfahren machen lassen muß. Der Beamte findet hier kein Wort der Kritik, macht auch keinen Vorschlag zur Abhilfe. Wir sind der Ansicht, daß hygienisch einwandfreie Verfahren nicht willkürlich unterdrückt werden dürfen, sondern gefördert zu werden, zu schützen sind, selbst dann, wenn der Profit der Unternehmer darunter Not leiden würde. Der hier geschilderte Vorgang ist ja nicht neu. Es besteht bereits ein unschätzbliches Verfahren zum Zerlegen der Thomasschlacke, das ebenfalls wegen der Gefährdung des Unternehmerprofits nicht angewandt wird, obgleich die Regierung davon Kenntnis hat.

Ueber getroffene und zu treffende Vorbeugungsmaßnahmen berichtet der Darmstädter Beamte aus einem Betriebe, in welchem organische Präparate unter Verwendung von arseniger Säure und Arsenfäure hergestellt werden. Er hat angeordnet, daß bei den ersten Anzeichen von Störungen der Gesundheit diese Arbeiter aus dem Betriebe zu entfernen sind. Er schlägt vor, die Arbeiter solcher Betriebe öfters zu wechseln, ihnen zwischen den Beschäftigungstagen Urlaub zu geben oder Arbeit in vollständig indifferenten Betrieben anzustellen. Arbeiter, die wiederholte Beinträchtigungen oder Störungen erleiden, dürfen in dem Betriebe nicht mehr beschäftigt werden. Die Arbeiter sind durch Anschlag aufgefordert worden, alle Gesundheitsstörungen zu melden. Erkrankungen dieser Art müssen sofortige ärztliche Behandlung erfahren. Sie sind in einem Verzeichnis einzutragen, das Anfang, Ende und Erfolg der Behandlung, Erkennung und nähere Bezeichnung der Krankheit, Namen der Erkrankten, deren Beschäftigungsart und -dauer enthält. Das Verzeichnis ist dem Medizinischen und Gewerbeaufsichtsbeamten auf Verlangen zur Einsicht vorzulegen.

Verlangt wurde vollständige Entfernung der schädlichen Dämpfe und Gase. Die letztere Vorschrift verhängt durch die Bedingung, daß bei nicht abwendbaren Eintritt von Gasen und Dämpfen in den Arbeitsraum die Arbeiter diesen sofort zu verlassen haben und die Apparaturen von außen abzustellen sind, betrifft auch einen Betrieb zur Herstellung eines giftigen Quecksilbersalzes, eines Medikaments. Gleichzeitig ist das Verbot der Beschäftigung von Arbeiterinnen und männlichen Arbeitern unter 18 Jahren ausgesprochen. Die Verkürzung der Arbeitszeit der älteren männlichen Arbeiter, je nach den gesammelten Erfahrungen, bis zu täglich 8 Stunden wird vorgehalten. Endlich ein weißer Haube unter den Gewerbeinspektoren, der den Rat hat, den sanitären Arbeitstag, wenn nötig, einzuführen!

In einer großen chemischen Fabrik (Merck?) wurden die Pausen für die jugendlichen Arbeiter der verkürzten Arbeitszeit der erwachsenen Arbeiter entsprechend geregelt. Dies konnte am so eher geschehen, als die Arbeitszeit jugendlicher Personen unter dem gesetzlich vorgeschriebenen Maximalarbeitsstag verbleibt.

Besonders stark schädigend wirkte, wie oben schon bemerkt, die Bänholzsteuer auf die Beschäftigung der Bänholzarbeiter Hessens ein. So wurden 40 Prozent der Arbeiter entlassen, die

nach in Arbeit verbleibenden mußten erhebliche Arbeitszeitverkürzungen, die mit entsprechendem Lohnausfall verbunden waren, über sich ergehen lassen.

An dem Bericht ist allgemein zu loben die im Gegensatz zu preussischen Jahresberichten offene Sprache, die detaillierte Statistik über den Stand aller gewerkschaftlichen Organisationen, die im Vorkaut beigefügten Tarifverträge; alles Dinge, die man in den preussischen Berichten vergeblich sucht.

× Eine Liste der gewerblichen Gifte

und anderer gesundheitsgefährlicher Stoffe, die in der Industrie Verwendung finden, hat das Internationale Arbeitsamt herausgegeben. Die Liste ist nach den Beschläffen des Komitees der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz entworfen von Professor Dr. Th. Sommerfeld und Gewerbeamt Dr. M. Fischer. Redigiert durch den ständigen hygienischen Beirat der Internationalen Vereinigung, Jena, Verlag von Gustav Fischer, 1912. Preis 1 M. = 1,25 Frank.

Die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz hat von Anfang an in ihr Arbeitsprogramm auch den Schutz der durch gewerbliche Gifte gefährdeten Arbeiter aufgenommen. Sie hat es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachtet, geeignete Grundlagen zu schaffen, auf welchen sich eine wirkliche Gesetzgebung zu gewerblichen Zwecken aufbauen könnte. Diese Bestrebungen gaben Anlaß zu umfassenden Erörterungen und eingehenden Untersuchungen der verschiedensten schwierigen Gebiete auftauchenden Fragen. Dabei spielen auch die Anzeigepflicht für gewerbliche Vergiftungen sowie für die Erzeugung und Verwendung gewerblicher Gifte, die Ausmachung von Krankheitsstatistiken über besonders gefährdete Betriebe, die anzustrebende gewerbehygienische Ausbildung und Schulung der Ärzte, die sachgemäße Beschäftigung der gesundheitsgefährdeten Betriebe und die Regelung der Arbeitszeiten der Giftarbeiter eine besondere Rolle. Die Behandlung dieser und ähnlicher Fragen ließ selbstverständlich ein Verzeichnis der Stoffe mit ausgeprägtem Giftcharakter unumgänglich notwendig erscheinen.

Diese „Giftliste“ liegt nun vor und die Namen der Fachmänner aller Länder, die bei ihrer Bearbeitung beteiligt waren, leisten für ihre sorgfältige Bearbeitung volle Gewähr. Sie enthält zunächst eine kurze Geschichte dieser Bestrebungen, sodann ein alphabetisches Verzeichnis der Gewerbegifte. Die Industriezweige, in denen eine Vergiftung in Frage kommt, die Art und der Ort der Einwirkung des Giftes, die Vergiftungsercheinungen sowie die besonderen Maßnahmen gegen die Vergiftung werden hier erörtert. Eine Reihe von Verlässigen aus der Feder des Gewerbeamts Dr. Fischer (Berlin) über die Stellungnahme der Betriebsleitungen und der Ärzte zu dieser Frage bildet den Abschluß zu dieser Arbeit. Auf 20 Seiten wird in ihr der gegenwärtige Stand des gewerbeärztlichen Wissensbestandes über Vergiftungen komprimiert und die Grundlage für weitere sachkundige Bestrebungen zur Bekämpfung der industriellen Vergiftungen in allen Ländern geschaffen. Die Giftliste wird den Krankenkassen, den Gewerbeärzten, den Aufsichtsbeamten, den Betriebsleitern giftverwendender Betriebe, den Gewerkschaften sowie den Arbeitern der giftverwendenden Betriebe selbst wertvolle Dienste erweisen.

× Explosion. Am Dienstag, dem 23. Januar, vormittags 10 Uhr,

erfolgte in der Pulverfabrik von H. Kopp in Bortrop beim Füllen eines Gefäßes dessen Explosion. Hierbei wurde eine Person getötet und eine andere lebensgefährlich verletzt und mehrere vier leicht verwundet. Die Arbeiter sind der Meinung, daß das Unglück nur auf die im Betriebe herrschende Unreinlichkeit zurückzuführen ist. Es werden hier etwa 250 Frauen und Mädchen und 80 Männer beschäftigt, wovon der allergrößte Teil Polen sind. Die Lohnverhältnisse lassen sehr viel zu wünschen übrig. Der Anfangslohn für weibliche Personen beträgt 1,20 M. und steigt bis zum Höchstlohn von 2 M. pro 10stündige Schicht. Der Anfangslohn für Männer beträgt 35 Pf., nach vier Wochen 10 Pf., nach weiteren vier Wochen 20 Pf. Zulage pro Tag bis zum Höchstlohn von 4,50 M. Nun ist es den Arbeitern freigestellt, ihren schlechten Schichtlohn durch Ueberstunden zu verbessern, jedoch wird für die Ueberstunden auch nur der reguläre Stundenlohn bezahlt; einen Zuschlag für Ueberstunden gibt es nicht. In diesem Betriebe fehlt es an jeder Organisation. Den freien Gewerkschaften steht in ganz Bortrop kein Lokal für Versammlungen zur Verfügung.

Zement- und Ziegel-Industrie

— Aus der oberhessischen Zementindustrie.

Außerhalb des eigentlichen oberhessischen Industriebezirks, umfassen die Kreise Korbach, Habze und Weitzen mit den zugehörigen Städten, wo wir die Sitze der oberhessischen Zementindustrie haben, finden wir in den Kreisen Groß-Streßlich und Oppeln einen beträchtlichen Zweig des gewerblichen Lebens, nämlich die oberhessische Kalk- und Zementindustrie. Wenn man die Eisenbahnstrecke Oppeln-Bandgrün durchfährt, wird man sofort der charakteristischen Kalk- und Zementfabriken gewärtig. Schon im Jahre 1898 haben diese Zement- und Kalkfabriken, laut Bericht der Handelskammer Oppeln, 16 000 Arbeiter beschäftigt. Seit jener Zeit haben sie sich bedeutend erweitert, so daß sie gegenwärtig zweifelhoch über 20 000 Arbeiter beschäftigen werden.

Insbesondere hat sich die oberhessische Zementindustrie zu einer Großindustrie entwickelt; der überwiegende Teil der Produktion der oberhessischen Zementindustrie liefern diejenigen Anlagen, welche in den Händen von Aktiengesellschaften sich befinden. Ueber die günstige Lage dieses Industriezweiges im allgemeinen geben bereits Zeugnis die Bilanzen der Aktiengesellschaften, aus denen am besten hervorgeht, was für hohe Profite die oberhessischen Zementfabriken abwerfen.

Für sechs von den sieben Aktiengesellschaften, welche in der oberhessischen Zementindustrie tätig sind, besitzen wir die Bilanzen für das Geschäftsjahr 1908. Wir greifen aus ihnen das interessanteste heraus.

Die Höhe des Aktienkapitals, der Reingewinn sowie die als Dividenden gezahlten Summen stellen sich im Jahre 1908 folgendermaßen dar:

	Aktienkapital	Gewinn		Dividende	
		Brutto	Netto	⊘	Proz.
1. Oberhess. Portland-Zement-Fabrik	3 000 000	1 099 910	571 626	480 000	16
2. Oppeln-Portland-Zement-Fabrik	3 000 000	1 072 714	421 615	300 000	10
3. Portland-Zement-Fabrik, vormals A. Giesel	1 800 000	533 222	190 005	162 000	9
4. Schmitt's. Portland-Zement-Werke	2 500 000	673 165	270 257	225 000	9
5. Schle. A.-G. für Portland-Zement-Fabrikation in Groß-Streßlich	4 700 000	1 341 137	563 092	470 000	10
6. Oberhess. Portland-Zement-Werke in Groß-Streßlich	2 000 000	505 374	253 811	180 000	9
Summa	17 000 000	5 225 522	2 168 806	1 817 000	10,68

Solche Dividenden lassen sich wohl sehen. Die Ausschüsse konnten auch mit ihrem Verdienst zufrieden sein. In die acht Mitglieder des Ausschusses der Oberhessischen Portland-Zement-Fabrik wurden an Lohnsumme 69 973 M. gezahlt, so daß jedes Mitglied durchschnittlich 8746 M. einnahm. Der Ausschussrat der Oppeln-Portland-

Zementfabrik, aus sieben Personen bestehend, belam insgesamt 45 618 Mk., die fünf Mitglieder des Aufsichtsrats der Portland-Zementfabrik vormalig A. G. belam insgesamt 2046 Mk., der Aufsichtsrat (fünf Personen) der Schiffschifferei Portland-Zement, Kalk- und Zementwerke Strig 11 056 Mk. ein, der Aufsichtsrat der Schlesischen Aktiengesellschaft für Portland-Zementfabrikation zu Grosz-Straß (sieben Personen) 45 907 Mk., der Aufsichtsrat der Oberösterreichischen Portland-Zement- und Kalkwerke Aktiengesellschaft zu Grosz-Straß (sieben Personen) 28 660 Mk. Insgesamt wurden an 40 Mitglieder dieser Aufsichtsräte in einem Jahre 205 260 Mk. Entlohnung für ihre „aufreibende“ Tätigkeit verteilt. Wie viele arme Zementarbeiter und -arbeiterinnen mußten sich abrackern, damit an die kleine Handvoll der Herren Aufsichtsräte diese Summe von über 200 000 Mk. zur Verteilung gelangen konnte?

Ein noch anschaulicheres Bild, wie mäßig es die Aktionäre der oberösterreichischen Zementfabriken haben, bekommt man, wenn man die Höhe der Dividenden für eine längere Periode zusammenstellt. In dem fünfjährigen Zeitraum (1894 bis 1908) betrug die Dividendenhöhe:

Jahr	Oberösterreichische Portland-Zement-Fabrik	Doppelte Portland-Zement-Fabrik	Portland-Zement-Fabrik vormalig A. G.	Schlesische Aktiengesellschaft für Portland-Zement-Fabrikation	Schlesische Aktiengesellschaft für Portland-Zement-Fabrikation zu Grosz-Straß	Oberösterreichische Portland-Zement-Fabrik zu Grosz-Straß
1894	6	6 1/2	4 1/2	—	10 1/2	—
1895	6	7 1/2	5 1/2	7 1/2	10 1/2	—
1896	9	10	9	8	13 1/2	—
1897	11	11	10	8	14 1/2	—
1898	13	13	13	10	17	—
1899	13	13	13	11	17 1/2	—
1900	8	7	6	7	13	—
1901	3	3	2	5	6 1/2	—
1902	3	3 1/2	2	5	6 1/2	—
1903	6	5	4	7	7 1/2	—
1904	10 1/2	9	8	9	10 1/2	7
1905	14	13	12	11	13	9
1906	17	14	13 1/2	11	13	11
1907	17	14	13	11	12	9
1908	16	10	9	9	10	9

Die letzten fünf Jahre zeichnen sich demnach durch ihre reichlichen Dividenden aus, der Zeitraum 1900 bis 1904 war die Periode des wirtschaftlichen Niederganges, weshalb auch die Dividenden spärlicher waren, die vorhergehenden Jahre gehörten den feiten Jahren zu, was sich auch in der Dividendenhöhe widerspiegelt.

Die oberösterreichischen Zementfabriken sind in der Lage, die höchsten Dividenden zu zahlen, weil sie mit geringen Produktionskosten zu tun haben. Der Anteil des Lohnes an den Selbstkosten ist niedrig, da die oberösterreichischen Zementarbeiter einfach miserabel bezahlt werden, noch schlechter als ihre Arbeitsgenossen im Kohlenbergbau. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die Arbeit in den Zementfabriken äußerst gesundheitsgefährlich wirkt.

Es muß danach getrachtet werden, auch diese armen polnischen Proletarier der gewerkschaftlichen Organisation zuzuführen. Es wird dies keine leichte Aufgabe sein. Die oberösterreichischen Zementindustriearbeiter reklamieren sich aus den Reihen der zahlreichen winzigen Kleinrentenbesitzer der umliegenden Dörfer im Grosz-Straßer und Oppelner Kreise. Sie sind geradezu auf Lebensbedarf angewiesen, da sie nicht in der Lage sind, von ihrer Scholle den notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten. Die landwirtschaftliche Betriebsführung im Juni 1907 hat nachgewiesen, daß im Kreise Oppeln von insgesamt 16 093 landwirtschaftlichen Betrieben mit 68 872 Hektar Fläche allein 2373 mit bis zu einem halben Hektar und 5982 Betriebe mit 2-8 Morgen vorhanden waren. Im Grosz-Straßer Kreise sind insgesamt 8042 landwirtschaftliche Betriebe gezählt worden, darunter 1203 mit bis zu einem halben Hektar und 3169 mit 2-8 Morgen.

Groß sind die Hindernisse, solche Leute für die gewerkschaftliche Organisation zu gewinnen. Trotzdem muß das brachliegende Feld der oberösterreichischen Zementindustrie in Angriff genommen werden. („Korrespondenzblatt“)

Ein Erlaß zur Sicherung der Reinlichkeit in Ziegeleiwohnungen.

Vor einigen Monaten erließ die Regierung eine Verordnung, die eine Reinigung der sonstigen Uebelstände in den Ziegeleien bewirkt. Zur näheren Information seien die wichtigsten Bestimmungen hier wiedergegeben.

Die den Arbeitern zur Unterkunft dienenden Gebäude sind auf einem und mehreren, möglichst etwas erhöht gelegenen Boden, außerhalb des Bereiches öffentlicher Uebelstände und außerhalb der vorhergehenden Wälder zu errichten.

Die Räume sollen mindestens zwei Abteilungen enthalten, von denen die eine, normalerweise im Erdgeschoss gelegene Abteilung erwerbsfähigen als Küche und Speisezimmer dient. Diese Abteilung ist mit zwei tragbaren Strohstühlen auszustatten.

Räume die zur Unterkunft dienenden Räume sind unmittelbar unter dem Dachstuhl zu errichten, so ist dieses immer zum mindesten mit einer wasserdichten Verkleidung zu versehen.

Der Fußboden der Gebäude soll aus einem feinsten Breiterboden bestehen. Der Boden der Gebäude ist vom Fußboden durch einen dazwischen liegenden Zwischenraum von mindestens 30 Zentimeter Höhe abzutrennen.

Die den Arbeitern zur Unterkunft dienenden Räume haben eine Höhe von mindestens 2,6 Meter auszumessen; es muß jederzeit für genügende Lüftung durch Fenster gesorgt sein; auf jede Person muß ein Luftvolumen von 15 Kubikmeter ausfallen.

Die Räume müssen durch eine genügende Anzahl von Fenstern ordentlich beleuchtet sein. Zuerstehende Fensterflächen sind unverzüglich zu ersetzen.

Die Räume und ihre Zubehöre sind in einem Zustand zu lassen und sauber zu erhalten. Die Fenster müssen mit einem Gitter, das ein weiteres Abstreifen gestattet, aber mit einem Kalkputz, der mindestens jährlich ein Mal zu erneuern ist, überzogen sein.

Wird Wasser von Lagerbehältern abgeholt, so sind die zu seiner Reinigung dienenden Behälter zu waschen.

Die Zimmereien sind so zu errichten, daß sie fast in jedem Winter ohne weiteres durch eine genügende Anzahl von Fenstern ordentlich beleuchtet sein. Zuerstehende Fensterflächen sind unverzüglich zu ersetzen.

Die Räume sind so zu errichten, daß sie fast in jedem Winter ohne weiteres durch eine genügende Anzahl von Fenstern ordentlich beleuchtet sein. Zuerstehende Fensterflächen sind unverzüglich zu ersetzen.

Die Räume sind so zu errichten, daß sie fast in jedem Winter ohne weiteres durch eine genügende Anzahl von Fenstern ordentlich beleuchtet sein. Zuerstehende Fensterflächen sind unverzüglich zu ersetzen.

Die Räume sind so zu errichten, daß sie fast in jedem Winter ohne weiteres durch eine genügende Anzahl von Fenstern ordentlich beleuchtet sein. Zuerstehende Fensterflächen sind unverzüglich zu ersetzen.

Die Räume sind so zu errichten, daß sie fast in jedem Winter ohne weiteres durch eine genügende Anzahl von Fenstern ordentlich beleuchtet sein. Zuerstehende Fensterflächen sind unverzüglich zu ersetzen.

Die Räume sind so zu errichten, daß sie fast in jedem Winter ohne weiteres durch eine genügende Anzahl von Fenstern ordentlich beleuchtet sein. Zuerstehende Fensterflächen sind unverzüglich zu ersetzen.

Die Räume sind so zu errichten, daß sie fast in jedem Winter ohne weiteres durch eine genügende Anzahl von Fenstern ordentlich beleuchtet sein. Zuerstehende Fensterflächen sind unverzüglich zu ersetzen.

stand der Ziegeleimeister Paul Klaf aus Karvallen, der aber für die Uebelstände nicht verantwortlich zu sein glaubte. Der Besitzer der Ziegelei ist der Kaufmann Reinhold Seite in Breslau; der als Zeuge zur Verhandlung geladene Herr Seite bekundete, er habe seinen Ziegeleimeister nur mit der Beaufsichtigung der Seite bei der Arbeit betraut, um alles andere habe sich Klaf nicht kümmern brauchen. Der Angeklagte bestritt das und sagte hinzu: „Ich habe Herrn Seite wiederholt auf die Uebelstände hingewiesen; wenn er aber nichts machen läßt, so kann ich doch die Schäden nicht aus meiner eigenen Tasche bezahlen.“ Der Amtsanwalt vertrat die Ansicht, der Ziegeleimeister sei unter diesen Umständen für die Uebelstände nicht verantwortlich und er beantragte dessen Freisprechung. Das Gericht schloß sich dieser Auffassung an, indem es den Ziegeleimeister freisprach. Herrn Seite gab der Vorsitzende den guten Rat: „Nun sorgen Sie aber schleunigst für Abhilfe, sonst geht Ihnen jetzt die Gabelbeinspektion auf die Kappe.“

Papier-Industrie

Die Wirkung der Unfallverhütung in der Papierindustrie.

Auf der letzten Hauptversammlung des Vereins Deutscher Revisionsingenieure berichtete der technische Aufsichtsbeamte der Sektion Chemnitz der Papiermacher-Berufsgenossenschaft, Herr Holzhausen, über seine Versuche, die Wirkungen der Unfallverhütungsvorschriften statistisch zu erfassen. Er hat die Unfälle an: 1. Papiertrockenzylindern, 2. Filztrockenzylindern an Papiermaschinen, 3. Pappentafel-Trockenzylindern, 4. Aufzügen, 5. Kreisfägen, 6. Bischoffrollen 25 Jahre — von 1886 bis 1910 — statistisch bearbeitet, um zu erfassen, ob und welchen Einfluß die Betriebsüberwachung auf die Unfallverhütung ausübt, ob ein solcher Einfluß überhaupt erkennbar ist, d. h. ob sich die Materie überhaupt statistisch fassen läßt. Holzhausen erklärte einleitend, daß es ihm nicht möglich gewesen sei, die Ursachen der Unfälle im einzelnen festzustellen. Zur Einsichtnahme in die Unfallakten habe die ihm zur Verfügung stehende Zeit nicht ausgereicht. Seine Zusammenstellungen sind im wesentlichen auf die Folgen der Unfälle aufgebaut; auch die Belastung der Berufsgenossenschaft ist mit als Maßstab benutzt. Wir geben die Hauptzahlen aus dem Bericht hier wieder.

Papier-Trockenzylinder.

Es sind nur diejenigen Unfälle gezählt, welche beim Bedienen der Papier-Trockenzylinder — nicht Filztrockner — vorgekommen sind. Laut den beigefügten Tabellen sind insgesamt 872 Unfälle zur Entschädigung gekommen, welche bisher 1 614 093 Mk. Aufwendungen erforderten, während noch 21 714 Prozent Rente an 461 Personen mit durchschnittlich 47 Prozent = 251 Mk. pro Kopf mit zusammen 115 942 Mk. jährlich zur Anweisung stehen. Nach der Ueberzählung sind nicht nur absolut, sondern in noch viel größerem Maße im Verhältnis die Unfälle nach Zahl und Schwere zurückgegangen, da sich im Laufe der 25 Jahre die Arbeiterzahl verdoppelt hat. Beachtenswert erscheint dabei, daß die als so gefährlich beschriebenen Schnellläufer offenbar besser sind als ihr Ruf. Ein recht erfreuliches Zeichen.

Mitgezählt sind auch die 15 Unfälle, welche durch Explosion von Trockenzylindern verursacht sind, davon sind verlaufen 11 tödlich, 1 Vollrente, 1 mit 70 Prozent, 1 mit 66 2/3 Prozent und nur 1 mit vorübergehenden Folgen.

Filztrockenzylinder.

In dieser Gefahrenquelle sind 161 Unfälle zu zählen, davon 25 tödliche, mit einer bisherigen Gesamtbelastung von 297 439 Mk. und einer laufenden Rentenlast von 4225 Prozent mit 21 523 Mk. jährlich an 86 Personen mit durchschnittlich 49 Prozent = 250 Mk. pro Kopf. Der Richterstatistiker nennt das „eine fast ungläubliche Belastung von einer Stelle, an welcher nicht gearbeitet wird“.

Durch die Unfall-Verhütungsvorschrift, daß die Einfäufe an Filztrocknern durch Schaber oder Dreht zu sichern sind, sollten diese Unfälle so gut wie ausgeschlossen sein. Wenn trotzdem noch im Jahre 1910 allein drei Todesfälle an dieser Gefahrenstelle gezählt wurden, so ist dies recht bedauerlich. Immerhin ist auch hier sowohl absolut und noch mehr im Verhältnis ein Rückgang der Unfälle eingetreten.

Pappentafeltrockenzylinder.

Die dritte Gefahrenquelle an Trockenzylindern betrifft die Pappentafeltrockner, obwohl deren Verbreitung und Benutzung eine verhältnismäßig beschränkte ist. Trotzdem haben diese Art Trockenzylinder nicht weniger als 60 entschädigungspflichtige Unfälle, dabei 4 tödliche, verschuldet. An Entschädigungen sind bisher rund 98 000 Mk. gezahlt worden.

Da nachweislich fast alle Unfälle durch Nachlassen oder Ausweichen der Bedienung veranlaßt und durch falsche Filzführung in Verbindung mit zu geringem Filzwalzenabstand zu so schweren Folgen geführt haben, ist durch die neue Vorschrift im § 27 III über Filzführung und Filzwalzenabstand Abhilfe geschaffen.

Zuletzt sind auch seit 1907 keine Unfälle mehr an dieser Unfallstelle zu verzeichnen und sollten bei Beachtung der Vorschriften des § 27 III nahezu als ausgeschlossen gelten. Inzwischen laufen noch aus den früheren Jahren jährliche Renten von 5096 Mk.

Aufzüge aller Art.

Nicht weniger als 306 Unfälle (dabei 58 tödliche) mit 320 785 Mk. Aufwendungen und 4693 Prozent mit 28 868 Mk. laufenden Renten hat diese Gefahrenquelle aufzuweisen. Holzhausen erklärt hierzu, daß „ungefähr die Hälfte aller Unfälle durch mißbräuchliche Benutzung der Fahrstühle zur Personenbeförderung hervorgerufen sind“. Eine Abnahme der Unfälle sowohl nach der absoluten Zahl wie auch nach dem Verhältnisse ist leider so gut wie nicht eingetreten.

Welche unberechenbare Einwirkungen sich auf die Zahl und Schwere der Unfälle geltend machen, geht aus folgenden Zahlen hervor:

Im Jahre 1902 ereigneten sich insgesamt 6 Fahrstuhlunfälle, alle leichterer Art, um im folgenden Jahre 1903 auf 28 hinauszuschwellen, dabei allein 8 tödliche.

Im Jahre 1904 sank die Gesamtzahl auf 12, dabei 1 tödlicher, im Jahre 1905 auf 11, wovon allein 9 nur vorübergehender Natur. Im Jahre 1910 schwellten diese Art Unfälle wieder auf 25 hinauf, dabei 8 tödliche und nur 5 vorübergehender Art.

Kreisfägen

Kreisfägen brachten insgesamt 616 entschädigungspflichtige Unfälle (davon 12 tödliche) mit 714 617 Mk. Aufwendungen und 9841 Prozent mit 54 622 Mk. laufenden jährlichen Renten.

Es ist ohne Zweifel und wird auch durch die Tabellen erwiesen, daß wenigstens bei den Querschnittsfägen für Holzschleifereien usw. die Unfälle abgenommen haben und bei Beachtung der bestehenden Vorschriften ganz vermeidbar sein müßten.

Schwieriger gestaltet sich der Schutz bei den sogenannten Werkstofffägen, da diese zu den verschiedensten Arbeiten benutzt werden, so daß ein einheitlicher Schutz ausgeschlossen erscheint.

Welchen Einfluß eine gute Schuhhaube an den Kreisfägen hat, zeigt Holzhausen an einer Aufstellung für die Sektion IX der Papiermacher-Berufsgenossenschaft. Nach dieser Aufstellung waren von den 126 Unfällen an Kreisfägen, die von 1886 bis 1910 im Bereiche der Sektion IX vorkamen, 77 durch mangelhaften Schutz der Säge veranlaßt. Seit 1906 sind jedoch die Schuhhauben allgemein im Gebrauch, und die Folge ist, daß seit dieser Zeit die Unfälle wesentlich abnehmen.

Bischoffrollen.

An dieser Maschine, die nur wenig verbreitet ist, ereigneten sich in der untersuchten Zeit 18 Unfälle, davon 3 mit tödlichem Ausgang.

Zum Schluß geben wir aus den von Holzhausen vorgelegten Tabellen noch einige Verhältniszahlen, aus denen hervorgeht, in welchem Umfange sich die Unfallgefahr an den einzelnen Maschinen verändert hat.

Auf 1000 Arbeiter entfielen Unfälle:

Jahreszahl	Papier-Trockenzylinder	Pappentafel-Trockenzylinder	Filztrockner	Kreisfägen	Aufzüge
1886-1890	0,61	0,01	0,09	0,50	0,14
1896-1900	0,61	0,05	0,11	0,38	0,22
1906-1910	0,39	0,005	0,07	0,26	0,20

Nach dieser Tabelle ist die Unfallgefahr an Trockenzylindern und an Kreisfägen wesentlich gesunken. An Filztrocknern ist die Gefahr nicht wesentlich geringer geworden, an Aufzügen sogar erheblich gestiegen. Dabei ist jedoch zu bedenken, daß die Aufstellung erhebliche Mängel hat, weil sie gar nichts sagt über Zahl und Art der verwandten Maschinen. Bei den Aufzügen z. B. dürfte die scheinbare Steigerung der Gefahr auf die gesteigerte Anwendung von Aufzügen aller Art zurückzuführen sein.

Auch sonst zeigt die Statistik zahlreiche Fehlerquellen. Immerhin ist der Versuch, den Erfolg der gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen zahlenmäßig zu erfassen, nur zu begrüßen. Wenn er auch kein ganz zuverlässiges Bild gibt, so ist doch so viel zu erkennen, daß der Schutz der Arbeiter gegen die Gefahren des Betriebes nicht ausreicht ist. Es ist schon jetzt gelungen, die Unfallhäufigkeit herabzumindern, und es wird noch mehr und nachhaltiger gelingen, wenn bei der Schaffung von Schutzeinrichtungen wie bei der Durchführung angeordneter Einrichtungen und Vorkehrungen weniger zarte Rücksicht auf den Profit des Unternehmers genommen wird. Auch die stete Kontrolle und Ueberwachung des Arbeiterschutzes durch eine starke Organisation der Papierarbeiter wird eine Verminderung der Unfälle herbeiführen helfen.

Unfall in einer Papierfabrik.

In der Papierfabrik von Leonhardt in Nieder-Schlema, Erzgebirge, wurde am 20. Januar der 59jährige Werkmeister Neite mit einer schweren Schädelverletzung tot aufgefunden. Man nahm zunächst an, daß Neite einem Betriebsunfall zum Opfer gefallen wäre. Jetzt wird jedoch gemeldet, daß alle Anzeichen dafür sprechen, daß kein Unglücksfall, sondern Mord vorliegt. Die rechte Kopfseite des Erschlagenen war vollständig zertrümmert, so daß das Gehirn blutige Masse war. Bisher ist weder der Täter ermittelt noch auch nur irgendein Anhaltspunkt für die Ursache eines Mordes gewonnen. Um einen Raubmord kann es sich nicht handeln, denn der Erschlagnene hatte noch seinen vollen Lohn bei sich. Ob nicht doch ein Unfall vorliegt?

Unfälle.

In der Pappfabrik zu Zibbenstadt ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Der Arbeiter Finkelein wollte einen Rollen Pappen auf den Aufzug befördern, der Rollen rutschte ab und stürzte vom vierten Stock zwischen Wand und Aufzug in die Tiefe. Der Arbeiter erlitt schwere Verletzungen.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich im Betriebe der Papierfabrik Betmache. Der Arbeiter Georg Krothoff wollte mit einem Hebel einen Riemen auf die Riemenrolle legen. Hierbei feste sich der Hebel fest. Beim Rückschlag traf er den Arbeiter auf den Kopf, die Schädelschuppe zertrümmert. Der Schwerverletzte wurde ins Hospital geschafft. Der Verunglückte ist verheiratet und Vater von 6 Kindern.

Polizei und Gerichte.

Ein Schläumeier.

Die Hauptpapierfabrik Gebr. Stern (Inh. Kaufmann) in Fürth i. B. hatte wiederholte Versuche des Fabrikarbeiterverbandes zu Verhandlungen wegen Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung zurückgewiesen und die Zuschriften des Verbandes unerschrocken zurückgeschickt, worauf die Arbeiter und Arbeiterinnen der Fabrik durch Handzettel zu einer Versammlung eingeladen wurden, die den Streit beilegen sollte. In den Handzetteln befand sich der Passus: „Herr Kaufmann lehnt es ab, berechtigte Forderungen seiner Arbeiter entgegenzunehmen.“ Dieser Satz gab dem Unternehmer Anlaß, Zivilklage auf einen Schadenersatz von „vorläufig“ 3000 Mk. zu stellen, weil die angegebene Behauptung unwahr sei; er habe gerne mit seinen Arbeitern einzeln verhandeln wollen, nicht aber mit dem Verband. Wenn der Einberufer Koch, gegen den sich die Klage richtet, diese Tatsache in der Versammlung mitgeteilt hätte, wäre der Streitbeileger nicht gefaßt worden und die Schädigung unterblieben. Das Gericht ging auf diese feinen Kniffe nicht ein und ließ den Herrn mit seiner Klage abblitzen. Das konnte den Schlichtmachern so passen, wenn sie auf solche Weise sich an den Gewerkschaftsklassen bereichern könnten.

Eingegangene Schriften.

Im Verlage von J. S. B. Dieß Nachf., G. m. b. H. in Stuttgart, ist soeben erschienen: Die Technik in der Urzeit und auf primitiven Kulturstufen. Von Hannah Lewin-Dorff. Herausgegeben von Heinrich Cunow. Das Feuer. Der Wohnungsbau. 18. Bändchen der Kleinen Bibliothek. Illustriert. Die hierzu gehörenden weiteren beiden Bändchen: Bekleidung und Ernährung — Werkzeuge, Waffen, Schmud werden im Laufe des Jahres erscheinen.

Hiermit eröffnet der Verlag ein Abonnement auf die Kleine Bibliothek. Als Probebändchen soll Die Technik in der Urzeit dienen, das jede Buchhandlung und jeder Kolporteur zur Einsicht vorlegen wird. — Alle Jahre erscheinen fünf bis sechs Bändchen, die aus den mannigfaltigsten Wissenschaften berichten werden. Der Kreis von tüchtigen Mitarbeitern bürgt für einen guten, allgemein verständlichen Inhalt. Die bereits erschienenen Bändchen können je nach Wahl nachbezogen werden. Preis eines jeden Bändchens broschiert 75 Pf., gebunden 1 Mk., Vereinspreis 50 Pf.